

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate
(1½ Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum:
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 26. Juni. Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Den Mitgliedern der Kaiserlich französischen Akademie der Wissenschaften, Division-General Morin, Direktor des Konservatoriums für Kunst und Gewerbe, den Königlich Preussischen Orden dritter Klasse mit dem Stern, so wie dem zweiten Direktor des Konservatoriums für Kunst und Gewerbe, Professor Trezza, und dem Konservator des physikalischen Kabinetts an dieser Anstalt, Silbermann, den Königlich Preussischen Orden dritter Klasse zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Den Rittergutsbesitzer von Levenar, auf Groß-Saalau, bei Praust, den Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer von Kapeler, auf Trantow, bei Christburg, den Major und Eskadron-Chef im Litthauischen Ulanen-Regiment Nr. 12, von Kapler, den Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer von Borch, auf Groß-Saath, bei Kiesenburg, den Rittergutsbesitzer von Quast, auf Bichel, bei Büttenhausen a. d. Osse, den Oberst-Lieutenant und Kommandeur des Magdeburgischen Kürassier-Regiments Nr. 7, von Langenn, den Rittmeister und Eskadron-Chef im 3. Garde-Ulanen-Regiment Grafen zu Eulenburg, den Rittmeister und Eskadron-Chef im Brandenburgischen Kürassier-Regiment (Kaiser Nikolaus I. von Russland) Nr. 6, Grafen von Wartensleben, den Rittmeister a. D. Freiherrn von Alcheberg zu Dresden, den Hauptmann in der Garde-Artillerie-Brigade von Graevenitz, den Rittmeister und Eskadron-Chef im 2. Brandenburgischen Ulanen-Regiment Nr. 11, von Kleist, den Hauptmann und Kompanie-Chef im 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 24, von Münchow, den Appellationsgerichtsrath von Ende-vort, zu Stettin, den Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten, Dr. von Groß, genannt von Schwarzhoff, zu Köslin, den Landgerichtsrath von Ploetz, auf Suchow, Kreis Cammin, den Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer von Mellenstein, auf Schloß Falkenburg, Kreis Dramburg, den Major a. D. von Schmeling, auf Groß-Möllen, Kreis Fürstentum, den Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten von Schmeling, zu Köslin, den Landesschatzmeister und Kreis-Deputirten Grafen von Pfeil, auf Wildschütz, Kreis Dels, den Oberst-Lieutenant im 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 51, von Fehrentheil, den Landesschatzmeister Grafen von Koedern, auf Mittel-Peilau bei Neichenbach, den Regierungs-Assessor und Ober-Präsidenten-Rath von Lebbin, zu Posen, den Rittergutsbesitzer von Tschape, auf Broniewiec, bei Patosé, Kreis Mogilno, den Rittergutsbesitzer von Trezkow, auf Grocholitz, bei Grün, Kreis Schubin, den Oberst und Kommandeur des 2. Brandenburgischen Grenadier-Regiments Nr. 12 (Prinz Karl von Preußen), von Quisow, den Oberst und Kommandeur des 5. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53, Freiherrn von Budendroff, den Großherzoglich mecklenburg-schwerinischen Hauptmann à la suite und Gouverneur Sr. Königl. Hoheit des Erbprinzen, Freiherrn von Mettelbladt, zu Schwerin, den Königlich dänischen Kammerherrn von Döring auf Segin bei Sagenow in Mecklenburg-Schwerin, den Königlich württembergischen Rittmeister in der Leibgarde zu Pferde, Freiherrn von Molke, den Grafen Richard zu Waldeck und Pyrmont, zu Bergheim im Fürstenthum Waldeck, den Königlich württembergischen Kammerherrn und Oberamtmann Freiherrn Schott von Schottenstein, zu Böblingen, den Königlich württembergischen Rittmeister im 3. Reiter-Regiment, von Koeder, den Rittergutsbesitzer von Campen, auf Kirchberg bei Braunshausen, den Baron Wilhelm de Perrégaur, zu Neufchatel, den Kaiserlich russischen Kapitän im Garde-Grenadier-Regiment zu Pferde und Adjutanten Seiner Kaiserlichen Hoheit des Prinzen Peter von Oldenburg, von Schütz, nach Prüfung derselben durch das Kapitel und auf Vorschlag des Durchlauchtigsten Herenmeisters, Prinzen Karl von Preußen, Königl. Hoheit, zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Dem Kreis-Physikus Dr. Königfeld zu Düren den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 25. Juni. Abends. Das Abendblatt des „Wanderer“ enthält ein Telegramm aus Belgrad vom heutigen Tage, nach welchem die erste Konferenz stattgefunden hat. Der Fürst will die Schleifung aller Festungen. Die türkischen Truppen sind bis nahe an die serbische Grenze vorgerückt. Die Boschiobozuk sind bei Beljina konzentriert. Es sind die strengsten Maßregeln wegen Respektirung aller Nationalitäten getroffen worden.

Berlin, 26. Juni. Die heutige „Sternzeitung“ meldet: Se. Maj. der König hat gestern den General v. Bardeleben empfangen und ein Handschreiben des Kurfürsten entgegengenommen, welches den König von der Wiederherstellung der Verfassung vom Jahre 1831 nach den von Allerhöchstdemselben in wohlwollendster Absicht erteilten Rathschlägen unterrichtet. — Die „Sternzeitung“ bemerkt hierzu: die Marksbereitschaft sei in der bestimmten Voraussetzung aufgehoben, daß die kurfürstliche Regierung die bei Wiederherstellung der Verfassung übernommenen Verpflichtungen jezt vollständig und rückhaltlos erfüllen werde.

Kassel, 26. Juni. Sämmtliche Mitglieder des Stadtraths und des Bürgerschaftsraths haben ihr Mißtrauen gegen das neue Ministerium in einer gestern Abend an den Kurfürsten eingesandten Adresse ausgedrückt. Die Abreise des Kurfürsten ist auf heute Vormittag 11 Uhr festgesetzt.

R.* Ueber die Kreditnoth der Minderbegüterten auf dem platten Lande u. in den kleinen Städten d. Provinz Posen.

VII.

Unsere bisherigen Erörterungen hatten den Zweck, das Bestehen einer Kreditnoth unter den kleineren Leuten unserer Provinz nachzuweisen, die Natur derselben und die ihr entsprechenden Heilmittel in den Grundzügen anzudeuten, und dadurch zur Errichtung einer dem brennenden Bedürfnisse abhelfenden öffentlichen Kreditanstalt anzuregen. Es sei uns zu dem Schluß noch gestattet, unsere Meinung über die Art der Organisation einer solchen Anstalt und über die ihr zu Gebote stehenden Betriebsmittel auszusprechen.

Der Geschäftsumfang einer öffentlichen Spar- und Leihkasse, wie wir sie im Auge haben, würde mit Rücksicht auf das massen-

hafte Detail des Spar- und Leihverkehrs unzweifelhaft viel zu groß und unübersichtlich werden, wenn man nur eine solche Anstalt für die ganze Provinz errichten wollte. Da es überdies zweckmäßig ist, der Bezirksregierung mindestens eine beaufsichtigende Mitwirkung bei der Verwaltung einzuräumen, so empfiehlt sich die Errichtung eines besonderen Instituts für jeden der beiden Regierungsbezirke, die Direktion des einen würde ihren Sitz in Posen, die des andern in Bromberg haben. In jeder Kreisstadt würde eine Kommandite (Filialkasse) zu errichten, und an jedem Orte, wo das Bedürfnis es erheischt und eine völlig zuverlässige Persönlichkeit sich findet, ein Agent (Einnehmer) zu bevollmächtigen sein. Nichten wir unsern Blick in die Zukunft, in welcher wir eine bessere ländliche Kommunalverfassung befürworten, — und diese Zukunft ist hoffentlich nicht mehr fern, — so werden die Gemeinde-Steuer-Empfänger in der Regel die geeigneten Personen sein, um als Einnehmer der Spar- und Leihkasse bestellt zu werden, da sich in ihnen die genaueste Personalkenntnis ausbildet, sie einige Sachkenntnis besitzen und durch die für ihr Hauptamt zu leistende Kautions auch der Verwaltung der Anstalt wie dem Publikum genügende Sicherheit gewähren würden.

Auf das Detail der Dienst-Pragmatik der Institutsbeamten und des Verwaltungs-Reglements kann hier nicht eingegangen werden; hierbei kann nur nach sorgfältiger Durcharbeitung und Berathung an maßgebender Stelle das Rechte getroffen werden. Vorbilder giebt es genug, es handelt sich nur darum, aus ihnen die für die besonderen Zwecke geeigneten Formen zu wählen, und an den dazu erforderlichen organisatorischen Talenten wird es uns nicht mangeln.

In Betreff der Mittel sind die Kosten der ersten Einrichtung, der Grundfond und die laufenden Betriebsmittel in's Auge zu fassen.

Für die Kosten der ersten Einrichtung wird bei der Gemeinnützigkeit der Anstalt auf eine bereitwillige Mithilfe der Provinzial- und Kreisstände und derjenigen Städte, in welchen Kommanditen zu errichten wären, mit Zuversicht gerechnet werden können.

Den erforderlichen Grundfond, das Stiftungskapital, wird die Provinzial-Hülfskasse hergeben können, da es wohl keine ihrem Zwecke entsprechende Verwendung ihrer Mittel giebt; soweit dieselben nicht disponibel sein sollten, darf gewiß mit Rücksicht auf den Vorgang, daß die Hohenzollern'sche Spar- und Leihkasse zur Erweiterung ihres Stiftungskapitals durch den Allerhöchsten Erlaß vom 20. April 1854 aus dem königlichen Dispositionsfond der General-Staatskasse 20,000 Thl. erhalten hat, auf eine entsprechende ähnliche Begünstigung der Errichtung von Spar- und Leihkassen in der hiesigen Provinz gehofft werden.

Die laufenden Betriebsmittel würden die bei der Anstalt auf Sparkassenbücher, verzinsliche Kassenscheine, als Depositen oder auf laufende Rechnung anzulegenden und die durch Zins- und Kapitalrückzahlungen seitens der Schuldner der Anstalt eingehenden Gelder bilden. Unter der Kategorie der bei der Kasse anzulegenden Gelder ist die wichtigste die der Darlehne auf verzinsliche Kassenscheine. Hiermit meinen wir nicht etwa verzinsliche Banknoten, sondern Schuldcheine über größere Kapitalposten von mindestens 100 Thln. mit Kupons und Talons. Die Erfahrung der Hohenzollern'schen Spar- und Leihkasse beweist es, daß es möglich ist, solche Kassenscheine jeder Kursschwankung zu entziehen, und sie trotz dem verhältnismäßig niedrigen Zinsfuß von 4 Prozent so beliebt zu machen, daß der Kasse stets viel mehr Geld angeboten wird, als sie zu verwenden vermag. Dies Resultat ist durch folgende Umstände bedingt. Diejenigen, welche bei der Kasse Geld aufnehmen, erhalten stets baare Geld, wenn sie nicht ausdrücklich Kassenscheine verlangen. Letzteres geschieht natürlich nur dann, wenn diejenige Person, an welche das aufgenommene Geld zu bezahlen ist, den Schuldner ersucht hat, ihm statt baaren Geldes einen Kassenschein zu geben. Wenn z. B. ein Bauer 4 kleine Schuldposten, etwa zu Gunsten lediger Geschwister, auf seinem Gute zu stehen hat, und er will der Vortheile der Amortisation durch Tilgungsrenten theilhaftig werden, so nimmt er den Gesamtbetrag jener Schuldposten bei der Spar- und Leihkasse auf Tilgungsrenten auf, und befriedigt damit seine bisherigen Gläubiger; diese haben aber für das Geld zur Zeit keine andere Verwendung, und nehmen deshalb gern verzinsliche Kassenscheine. Aber abgesehen von solchen Fällen erhält, wie gesagt, der Schuldner der Kasse stets baare Geld, und kommt daher nie in die Lage, einen ihm in Zahlung gegebenen Kassenschein erst veräußern zu müssen. Die Kassenscheine sind ferner seitens der Besitzer kündbar und nach sechs Monaten rückzahlbar, der Zustand der Kasse hat es bis jezt aber jederzeit gestattet, die Kassenscheine sofort bei der Präsentation einzulösen, was gegen ein geringes Diskonto geschieht. Die sehr vorsichtige Bestimmung des Statutes, daß, wenn einmal so viel Kassenscheine gekündigt werden, daß die flüssig werdenden Mittel der Kasse zur prompten Rückzahlung derselben nicht ausreichen, die Gläubiger ihre Befriedigung nur nach der Reihenfolge der Kündigung aus den nach und nach flüssig werdenden Mitteln verlangen können, hat selbst da keine Gelegenheit zur Anwendung gefunden, als im Jahre 1855 der Zinsfuß der Kassenscheine von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzt und deshalb allen Gläubigern, welche sich der Konvertirung nicht unterwerfen wollten, die Kassenscheine gekündigt wurden. Ein den Kursschwankungen nicht unterliegendes, in gewöhnlichen Zeitläufen zu jeder Zeit al pari zu realisirendes Papier ist allen denen, welche Ersparnisse in größeren Summen einerseits nützen, andererseits aber auch ihren vollen Werth stets disponibel behalten wollen, bequemer als irgend eine andere Gelbanlage, und ist deshalb ganz besonders dazu geeignet, die vielen Tausende von Thälern, welche jezt müßig im Kasten liegen, weil die Besitzer sie nicht auf Hypotheken anlegen

und zur Anlegung in Börsenpapieren zu ängstlich sind, in den Verkehr zu bringen.

Worin besteht aber die Sicherheit der Kassengläubiger? In dem Stiftungskapitale, in dem aus den Ueberschüssen aufzusammelnden Reservefond und in den Forderungen, welche die Kasse durch Anlegung der ihr anvertrauten Gelder erwirbt. Bei einer guten Verwaltung müssen daher die Aktiva der Kasse die Passiva stets um den Betrag des Stiftungs- und des Reservefonds übersteigen. Die Garantie für eine gute Verwaltung ist abgesehen von den in der Zweckmäßigkeit der Dienstpragmatik und des Verwaltungs-Reglements, sowie der dem letzteren zu Grunde liegenden statutarischen Bestimmungen hauptsächlich in einer gründlichen und regelmäßigen Kontrolle zu suchen. Dieselbe wird außer den regelmäßigen Kassenrevisionen, welche von den oberen Beamten der Kasse vorzunehmen sind, und der Regierungsaufsicht noch von einem Kuratorium geübt werden können, welches theils durch Delegirte der Verwaltung der Provinzial-Hülfskasse, falls dieselbe zum Stiftungskapitale beitragen sollte, theils durch gewählte Vertreter der meistbetheiligten Gläubiger zu bilden sein, und mindestens jährlich einmal eine genaue Einsicht in den gesamten Geschäftsbetrieb der Spar- und Leihkasse zu nehmen haben würde. Daß auf solche Weise eine ganz tüchtige und zuverlässige Verwaltung zu erzielen sein würde, kann nicht zweifelhaft sein, und wenn dies der Fall, dann kann auch nicht die mindeste Verlustgefahr für die Gläubiger aufstehen, so daß dieselben keiner weiteren Garantie, etwa durch den Staat oder durch die Provinzialvertretung bedürfen. Ja, wir zweifeln nicht, daß den Sparkassenbüchern und Kassenscheinen einer solchen Spar- und Leihkasse die Eigenschaft pupillarischer Sicherheit ohne jedes Bedenken beigelegt werden könnte. Bei der Hohenzollern'schen Spar- und Leihkasse sind enorme Summen von Mündel- und Stiftungsgeldern angelegt.

Möge die Errichtung einer Kreditanstalt der besprochenen Art bald in Angriff genommen und kräftig gefördert werden!

Deutschland.

Preußen. AD. Berlin, 25. Juni. [Verhandlungen des Abgeordnetenhauses; zur kurheffischen Angelegenheit; Lindenbergl.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat es neben den eigentlichen Gegenständen der Berathung nicht an manchen beachtenswerthen Zwischenfällen gefehlt. Die Mißstimmung über die unvollkommene Lösung der kurheffischen Frage wurde vielfach laut, wogegen Herr v. d. Goltz die Regierung gegen den Vorwurf der Inkonsequenz in Schutz nahm und die Anwendung eines Zwanges zu Gunsten eines bestimmten Ministeriums in Kassel für unstatthaft erklärte. Große Sensation erregte, neben den wiederholten Schärmspielen zwischen Herrn v. Vinke und einzelnen Führern der Fortschrittspartei, das Auftreten des Hrn. v. Patow, welcher durch seine Bemerkungen bewies, daß er sich der Opposition gegen das Ministerium keineswegs anschließe. In Betreff der zur Berathung stehenden Finanzresolution erklärte Herr v. der Heydt zwar, daß die Regierung eine Festsetzung über den Zeitpunkt der Budgetvorlage für das nächste Verwaltungsjahr als eine Kundgebung des Mißtrauens ablehnen müsse; doch erkannte er das Prinzip des Antrages an, indem er versicherte, daß die Regierung aufrichtig gewillt sei, das Budget des je zukünftigen Jahres in der vorangehenden Session rechtzeitig vorzulegen. Es heißt, Herr v. d. Heydt habe in der Kommission erklärt, daß er seinerseits die moralische Verpflichtung für die rechtzeitige Vorlage übernehme.

Die kurheffische Angelegenheit ist durch die Sendung des Generals v. Bardeleben hierher vollends in ein friedliches Geleise eingelenkt. Die klugen Herren in Kassel scheinen begriffen zu haben, daß Preußen, wenn auch durch die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 seine sachlichen Forderungen formell erfüllt sind, auf Grund der schuldigen Satisfaktion wegen der schönen Aufnahme des Generals v. Willisen zu Feindseligkeiten schreiben könnte. Auch dieser Gefahr hat man schnell durch Absendung eines außerordentlichen Gesandten vorgebeugt, welcher ein eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an unsern König überbringt. Das Schreiben soll überaus demuthsvoll gefaßt sein und das dringende Verlangen nach Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Preußen und Hessen ausdrücken. Auch wird die baldige Rückkehr des früheren heffischen Gesandten Hrn. v. Baumbach nach Berlin in Aussicht genommen. — Das Gerücht, daß der bekannte Lindenbergl hier eine Anstellung erhalten sollte, seine Berufung aber an dem Widerspruch des Hrn. v. Winter gescheitert sei, entbehrt der Begründung.

[Berlin, 25. Juni. (Vom Hofe; Verschiedenes.)] Se. Majestät der König nahm heute Vormittags auf Schloß Babelsberg die gewöhnlichen Vorträge, Meldungen u. entgegen und begrüßte darauf Mittags die Königin von Sachsen, welche gestern Abend in Begleitung der Prinzessin Sophie von Dresden zum Besuche auf Schloß Sanssouci eingetroffen ist, nachdem sie die Bahn auf dem Stationsorte Grobberren verlassen hatte. Mit dem Könige machten auch die übrigen in Potsdam residirenden Herrschaften den hohen Frauen ihre Visite und empfingen deren Gegenbesuche. Nachmittags ertheilte der König dem gestern Abend aus Kassel hier eingetroffenen außerordentlichen Sendboten, General v. Bardeleben, auf Schloß Babelsberg eine Privataudienz und nahm das von ihm überbrachte Handschreiben des Kurfürsten entgegen. Schon Vormittags hatte Herr v. Bardeleben eine längere Besprechung mit dem Minister Grafen v. Bernstorff, welcher das Ergebnis derselben sofort nach Schloß Babelsberg meldete, worauf der kurheffische General bereits Nachmittags 2 Uhr zur Audienz dorthin beschieden wurde. General v. Bardeleben hat an unserm Hofe eine ganz an-

dere Aufnahme gefunden, als der Ober-Stallmeister v. Willisen in Kassel, welche derselbe jedoch jetzt glücklich überwunden zu haben scheint. Nach vertraulichen Mittheilungen sollen die Erklärungen des Kurfürsten Hoffnung auf eine friedliche Lösung der heftigen Wirren geben. — Vom 1. August c. ab ist bereits für den König in Ostende eine Wohnung gemiethet worden. — Der türkische Gesandte Aristarchi Bei gab heute am Jahrestage der Thronbesteigung und zur Vorfeier des Geburtstages seines Souveräns ein solennes Diner, zu welchem er sämtliche Minister, die Mitglieder des diplomatischen Korps u. geladen hatte. — Am Tage der feierlichen Eröffnung der Harzbahn von Halberstadt nach Thale und zwar Nachmittags 3 Uhr ist im „Hotel zum neuen Waldkater“ im Bodethale ein großes Festmahl, zu welchem bereits die Direktoren, Oberbeamten u. verschiedener Bahnen geladen sind. Ein Extrazug geht Morgens 8 Uhr mit den Festgenossen von hier ab und nimmt auf den Stationen die übrigen Gäste auf. Die Rückfahrt nach Berlin erfolgt, sobald das Festmahl zu Ende ist; vorläufig soll für dieselbe um 8 Uhr Abends der Extrazug bereit gehalten werden, so daß also seine Ankunft in Berlin erst nach Mitternacht erfolgt.

Oesterreich. Wien, 25. Juni. [Aus Belgrad.] Der heutige „Wanderer“ meldet in einem Telegramm aus Belgrad vom gestrigen Tage, daß der erwartete Kommissar der Pforte daselbst angekommen sei. Die Organisation mehrerer Bataillone gedienter Soldaten, so wie die Uebung aller Waffensfähigen in den Waffen sind seitens der serbischen Regierung angeordnet worden. Der Fürst verlangt die Räumung aller Festungen. (Tel.)

Sachsen. Kassel, 23. Juni. [Ueber das Verhalten des Kurfürsten bei der Ministerkrisis] schreibt man der „Zeit“ noch Folgendes: Bis zum Morgen des 21. Juni hatte noch Niemand aus der nächsten Umgebung eine Ahnung davon, daß das Ministerium Eohberg nicht zu Stande kommen werde, denn noch Abends zuvor war Eohberg mit der größten Freundlichkeit von dem hohen Herrn empfangen worden. Verdacht erregte es dagegen, als am andern Morgen nach 10 Uhr das Personal der Geheimen Kanzlei Befehl erhielt, nach Kassel sich zu begeben, wohin sich gleichzeitig der Kurfürst selbst verfügte. In Kassel angekommen, wurde das Kanzleipersonal in ein Zimmer verwiesen und beauftragt, die Entlassungsreskripte für die alten und die Bestallungsreskripte für die neuen Minister anzufertigen. Mittlerweile empfing der Kurfürst die alten Minister in einem Zimmer und in einem andern die neuen Minister, händigte auch denselben die betreffenden Reskripte selbst ein. Erst Abends 8 Uhr ließ dagegen der hohe Herr den getreuen General-Adjutanten Eohberg wissen, daß er ihm für seine gehalten Bemühungen danke, da er selbst nunmehr ein Ministerium sich komponirt habe. Zugleich erhielt Hr. v. Eohberg als Chef der Ordenskommission Befehl, den abgetretenen Ministern die ihnen verliehenen Orden verabsolgen zu lassen.

Lübeck. 23. Juni. [Aufhebung der Zinsbeschränkungen.] In der heutigen Bürgerstafung stand ein Antrag des Senats zur Verhandlung, nach welchem alle bisherigen Zinsbeschränkungen aufgehoben und nur die gesetzliche Höhe der Verzugszinsen, für den Fall, daß nichts darüber verabredet ist, bei kaufmännischen Geschäften auf 6 Prozent, bei allen übrigen Geschäften auf 5 Prozent festgestellt werden. Die Bürgerschaft trat diesem Antrage ohne Diskussion bei.

Großbritannien und Irland.

London, 23. Juni. [Der nordamerikanische Bürgerkrieg.] Die „Times“ bespricht heute die Gräuel des amerikanischen Bürgerkrieges, nachdem sie hervorgehoben, daß weit mehr Menschenleben, als das Schwert frist und die Kugel erlegt, dem Mangel und der Seuche als Opfer fallen, in folgender Weise: „Wir erblicken Anzeichen, daß selbst der Norden diese furchtbaren Verluste empfin-

det, wenn wir lesen, daß ganze Schaaeren von Weibern die Behörden von Washington belagern, um Abhilfe für ihr Elend zu erlangen, und wenn wir hören, daß der Pauperismus zum ersten Male in jener an fruchtbaren Ländereien so reichen Gegend aufgetreten ist. Was aber die Männer des Nordens von sich selbst zu bekennen im Stand nehmen, das bezeugen sie bereitwillig in Bezug auf ihre Schlachtopfer. General Halleck berichtet, daß in seiner Nähe Männer, Weiber und Kinder zu Hunderten vor Hunger starben, und daß Geldhilfe nichts nützt, weil keine Lebensmittel zu haben sind. General Pope telegraphirt aus derselben Gegend, daß die reichsten Familien Noth leiden und dem Verhungern nahe sind und daß Weiber und Kinder nach Brot schreien. Wenn es dem Norden um Noth zu thun ist, so kann er sein Gelüste befriedigen. Es war fürwahr nicht nöthig, daß das Repräsentantenhaus die Offiziere, welche in Distrikten der konföderirten Staaten Kommando's haben, aufforderte, „ihre Heere so viel wie thunlich aus dem Vermögen der Rebellen zu unterhalten.“ Der Instinkt eines hungrigen Heeres bedarf gleich dem einer hungrigen Heuschrecke keiner besonderen Anfeuerung. Inmitten des Todes, der Krankheit und der Verheerung scheinen die bösen Leidenschaften bei den Parteien sich mehr und mehr zu steigern. Die gegenseitig erhobenen Vorwürfe zeigen, daß der Kampf selbst äußerlich den ritterlichen Charakter eines civilisirten Krieges verliert und in gemeine Schlächtereie ausartet. Wie man hört, kämpfen die Konföderirten jetzt unter der schwarzen Flagge, d. h. sie geben keinen Pardon und mühen mit der Grausamkeit der Verzweiflung. Es ist grauenhaft; vielleicht aber ist es schwerer, für einen um Gnade flehenden Eindringling Mitleid zu fühlen, wenn der Verfolger an eine verödete Heimath und eine verhungerte, obdachlose Familie denkt, als in ehrlicher Schlacht auf fremdem Boden zu kämpfen. In Zukunft wird sich das alles noch schroffer gestalten. Es gehört nun einmal zu den unerläßlichen Bedingungen des Bürgerkrieges, daß es so ist, und je länger der Krieg dauert, desto haarsträubender werden die Nachrichten lauten, welche jede neue Post uns bringt. Das letzte Beispiel der gegenseitig erhobenen Vorwürfe ist die Correspondenz zwischen dem General Beauregard und dem General Halleck, in welcher der konföderirte General den Unionsgeneral beschuldigt, ihm 200 mit den Blättern behaftete Gefangene ins Lager geschickt zu haben, um das konföderirte Heer mit dieser Krankheit anzustecken. Was auch immer das Resultat sein mag, offenbar hat der Krieg jetzt einen Punkt erreicht, wo er ein Skandal für die Menschheit ist. Er ist ein Vernichtungskrieg geworden. Vollständige Zerstörung kann möglich, ja, selbst nahe bevorstehend sein; allein die Unterwerfung ist so weit entfernt, wie je. Die Planzer ziehen sich noch immer zurück und nehmen ihre Neger mit sich. Als man in Memphis ankam, stand alle Baumwolle in Flammen und aller Zucker war vernichtet worden. Die Konföderirten stehen kampfbereit zu einer neuen Schlacht bei Richmond da, und selbst nach einer neuen Niederlage scheinen sie einen Rückzug nach Texas in petto zu haben. Leute, welche auf die aufgeregten Schreier auf beiden Seiten hören, glauben vielleicht, es gehe nun einmal nicht anders, als daß diese Blutlache das Land überschwemme; aber wir als ruhige Beobachter in der Ferne treffen vielleicht das Richtige, wenn wir annehmen, daß solche Stimmen nicht die Ansicht des amerikanischen Volkes ausdrücken. Beide Parteien müssen jetzt nachgerade des Kampfes müde sein.“

— [Händelfest.] Heute Nachmittag begann im Krystallpalast das von Tausenden mit Spannung erwartete Händelfest. Es wurde der Messias von einem 4000 Mitwirkende zählenden Orchester aufgeführt und die Massenwirkung war großartig.

London, 24. Juni. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses zog Osborne nach siebenstündiger Debatte, welcher der Prinz Napoleon beizubohnte, sein Amendement, welches

Er gab mir diesmal gar nicht gern den versprochenen Brief, obgleich er das Festgesetzte dafür erhielt. Dann erzählte er mir seine Schicksale, die ich, da sie zum Abschluß meiner Geschichte gehören, auch mittheilen muß.

Er hatte also richtig dem Wunsche Humboldt's gemäß den Namen des Regiments- und Schwadron-Kommandeurs seinem Protektor kund gethan und nach Verlauf von vier Wochen war er richtig Unteroffizier geworden. Damals befand sich das Regiment noch auf dem Marsche, um bald darauf Kantonnementsquartiere in und um Lenz an der Elbe zu beziehen. Von hier aus gedachte der neugebackene Unteroffizier sich bei seinem hohen Gönner zu bedanken, was ihm nicht wenig Kopfzerbrechen kostete, da er den Herrn Sekretarius nicht bei der Hand hatte und nach meiner Rede fürchtete, seiner Erzählung könnte der Dritte im Bunde unangenehm sein. Geschehen mußte aber Etwas, und da er mit seiner Handschrift dem großen Manne noch nicht unter die Augen treten wollte, so mußte ihm der Wachtmeisterschreiber schon den Gefallen thun, ein kalligraphisches Meisterstück anzufertigen, mit der Anzeige der Beförderung, die ja doch allein dem freundlichen Herrn in Berlin zu danken war.

Auf diesen Brief erfolgte nun Humboldt's mit funfzehn Thalern beschwerte Antwort.

Sie lautete:

Lieber Herr Unteroffizier!

Von Herzen freue ich mich, Ihnen zu Ihrer Beförderung Glück wünschen zu können und ich hoffe, daß Sie das Vertrauen nicht mißbrauchen werden, das von Seiten Ihrer Herren Vorgesetzten Ihnen bewiesen worden ist.

Zur Zeit nun, als ich jung war, existirte die schöne Sitte, daß Niemand ungestraft zu einer höheren Charge befördert wurde. Er mußte dann stets ein kleines Freudenfest veranstalten und man nannte dies „Pontiren“.

Ob diese Sitte jetzt noch besteht, weiß ich nicht; doch glaube ich es annehmen zu können, da gerade in dieser Beziehung die Anschauungen der Welt sich nicht geändert zu haben scheinen. Ich bin so unbedenklich anzunehmen, daß Ihre Beförderung auf mein Gewissen kommt; Sie werden mir also erlauben zur Erfüllung Ihrer gesellschaftlichen Pflichten um so mehr mein Erscheinen beizutragen, als ich glauben muß, daß Ihnen und Ihren Kameraden das kleine Fest sonst vorenthalten bleibt. Nehmen Sie beifolgenden Geldbeitrag und trinken Sie mit Ihren Kameraden das Wohl Seiner Majestät, Ihres Kriegsherrn.

Ihr ergebenster

Alexander von Humboldt.

gegen die von der Regierung geforderte Bewilligung von 1,200,000 L. für Festungsbauten gerichtet war, zurück.

London, 24. Juni, Abends. [Telegr.] Mit dem „Bohemian“ aus New York vom 14. d. eingetroffene Berichte melden, daß der Marineminister die Anlegung einer Schiffswerft in dem Mississippihale zum Bau von Panzerschiffen vorgeschlagen habe. Die Konföderirten haben zu Charleston 30,000 Mann Verstärkung erhalten. — Aus Mexiko war die Nachricht eingetroffen, daß die Franzosen sich nach Drizaba zurückgezogen haben. Ein anderer Kampf hatte zwischen den Reaktionären und den Liberalen bei Drizaba stattgefunden, wobei die Franzosen die ersteren unterstützt hatten. Beide Theile schreiben sich den Sieg zu.

Frankreich.

Paris, 23. Juni. [Tagesnachrichten.] Der Kaiser hat in dem heutigen Ministerrath sich für die schnellste Abendung von 12,000 Mann nach Mexiko erklärt. Um indeß so viel wie möglich die verderblichen Wirkungen der ungesunden Jahreszeit zu vermeiden, sollen diese Truppen nicht in Vera-Cruz, wo während des Sommers das Klima ganz besonders gefährlich ist, sondern an andern Punkten der Küste ausgeschifft werden. Es wird auf Befehl des Kaisers ein Preis von 50,000 Fr. für das beste Mittel gegen das gelbe Fieber ausgesetzt. — Die Direktoren der hiesigen Journale sind auf das Ministerium des Innern gebeten und daselbst freundlichst ersucht worden, außerhalb des ihnen mitgetheilten officiellen Sitzungs-Berichtes sich nicht mit dem gesetzgebenden Körper zu beschäftigen. — Aus Madrid wird gemeldet, daß Ihre Majestät die Königin von Spanien von einer Prinzessin entbunden worden ist.

Italien.

Neapel, 18. Juni. [Briganten.] Die „Trierster Zeitung“ meldet: Heute ist die Nachricht eingetroffen, daß die Briganti Chiavone's die kleine Ortschaft Rivisondoli, in den aquil. Abruzzen, in Brand gesteckt haben. Während General Chiabrera am 13. die Briganti auf dem Peano di Cinque Miglia angriff, war die Besatzung von Roccaraso selbst bedroht, und wurden Pietrascora und Pietroscura von einer Bande ausgeplündert. Von hier sind zwei Kompagnien Versaglieri abgegangen, um Agerola und Gragnano auf dem Berge von Castellamare dauernd zu besetzen und von dort auf Pilone Jagd zu machen.“

Rußland und Polen.

Warschau, 24. Juni. [Die neuen Gesetze.] Innerhalb einer Woche sind die am 5. Juni verheißenen, dann im Staatsrath berathenen und vom Kaiser am 5. d. M. (ein Jahr darauf) bestätigten drei wichtigen Gesetze: 1) wegen Organisation des gesammten Unterrichtswesens (wonach wir hier auch als Schlüsselstein des Ganzen, eine Hochschule mit einer Dotation von 112,630 Rub. und 4 Fakultäten erhalten), 2) wegen Regulirung der Bauernablösung auf amtlichem Wege (welche den nun sämtlich bestätigten Kreisräthen übertragewird), und 3) wegen civilrechtlicher Gleichstellung der Juden, erschienen. — Zu der Schulfrage ist zu bemerken, daß deutsche Gemeinden auch deutsche Schulen beantragen können, in welchen indeß das Polnische mit dem Deutschen gelehrt werden soll, da die neuen Institutionen vom 5. Juni, so wie das sehr freisinnige Wahlgesetz die Staatsbürgerrechte von der Kenntniß des polnischen Lesens und Schreibens mit abhängig machen. Uebrigens ist in allen höheren Lehranstalten, als Kreisschulen, Gymnasien, Lyceen, polytechnischen und landwirthschaftlichen Instituten, die deutsche Sprache neben der polnischen, russischen, französischen, lateinischen und griechischen als Lehr-Object bestimmt, ebenso wie bisher in den weiblichen Erziehungs-Anstalten. Der ganze Unterrichts-Etat beläuft sich, außer den Elementar-Schulen auf die Summe von 513,840 Rub. jährlich. — Das Gesetz über die Verzinlung der Bauergüter auf amtlichem Wege

Als ich diesen Brief durchgelesen hatte, starrte ich lange auf die theuren Schriftzüge des edlen Mannes. Wahrlich, er war es werth, ein zweiter Alexander der Große zu heißen.

Mein Leberecht hatte sich den Wink des Gesundheitsstinkens nicht zweimal sagen lassen. Doch war er gutmüthig und ehrlich genug, seinem armen Weibe die schon erwähnten fünf Thaler zu schicken. Waren doch auch zehn Thaler immer noch eine Summe, wie er sie noch nie sein eigen genannt hatte, selbst nicht in den blühendsten Tagen seiner entrauteten Künstlerjahre.

Leberecht lag mit seinem Veritt nicht in Lenz selbst im Quartier. Ein nahe Dorf in den geeigneten Triften an der Elbe, hatte ihn und die Schwadron, zu welcher er zählte, aufgenommen. Nun war ihm von Berlin aus die Weisung zugegangen, seinen Kameraden ein Fest zu veranstalten. Nun war er ein Mann mit einem gefüllten Säckel! Er hatte zehn Thaler, sage zehn Thaler, gleich sechzig Biergroschenstücken oder dreihundert Silbergroschen! Was konnte mit der Summe nicht Alles ausgerichtet werden! Eine solche Summe auf einmal zu verzehren war schlechterdings eine größere Unmöglichkeit, als ein freundschaftliches Rendez-vous der kauschen Frau Luna mit dem glühenden Herrn Sol auf unserm irdischen Sammerthale.

Zehn Thaler auszugeben eine Unmöglichkeit! Welch ein glücklicher Mann, der eine so kindliche, naive Anschauungsweise sich bewahrt hat!

Der Unteroffizier Humboldt setzte sich nun mit seinem Wachtmeister in Verbindung, der sich einen bedeutenden Namen als maitre de plaisir im Regiment erworben hatte. Er meldete dem Wachtmeister, daß er durch hohe Konnexion und Gönnerschaft in den Stand gesetzt sei, sämtlichen Wachtmeistern und Unteroffizieren des Regiments, mitamt den freundlichen Quartiergebern nebst Frauen und Töchtern eine imposante Festlichkeit zu veranstalten.

Der Wachtmeister, der aus der Beförderung des Gefeitlen Humboldt zum Unteroffizier wohl schon gemerkt hatte, daß hier mächtige Hände im Spiel gewesen, schätzte die Summe, die Humboldt empfangen auf so viel Zehner wie sie Einer hatte. Denn der Brief war von Leberecht, der damals den Tagesdienst hatte selbst abgeholt worden, und den betreffenden Geldschein hatte, nach militärischem Usus, der Eskadronschef unterschrieben. Der Unteroffizier Humboldt schien Grund zu haben, die immense Größe der Summe den Kameraden zu verheimlichen.

Der Wachtmeister hatte jetzt Gelegenheit sein oft schon anerkanntes Talent im Arrangiren von Festlichkeiten zu bewerkstelligen und ging mit Lust und Liebe an sein Geschäft. Der Unteroffizier

Alexander von Humboldt und sein Vetter.

Von Heinrich Mahler.

(Fortsetzung aus No. 145.)

Da bekam ich einen Brief aus Lenz an dem schönen Elbstrom. Die Adresse war mit Buchstaben geschrieben, die etwas ins Große gingen. Sie enthielt auch Haarstriche, aber es waren Zimmermannshaare, die bekanntlich ein wenig vollkommener sind als andere schlichte Epidermishaare. Und was das Wunderbarste dabei war: die Adresse enthielt den ominösen Zusatz: „Darinnen sind enthalten Thlr. 5 in Kassen Scheinen“. Dieser Zusatz war dreimal unterstrichen.

Mein alter Freund und Wächter Alexander Leberecht Traugott Humboldt würdigte mich eines Briefes. Er war richtig „durch Verwendung seines hohen Veters Unteroffizier geworden“, und was das Erfreulichste für ihn war, „Seine Erzelenz hatte ihm funfzehn Thaler geschickt, damit er sich mit seinen Kameraden einen vergnügten Tag machen solle.“ Fünf Thaler aber schickte er mir zur ratenweisen Vertheilung an seine zurückgebliebene Alte. Auch habe er den betreffenden Brief für mich aufgehoben, den er mir selber übergeben werde, da die Rede sei, daß die Ordre zum Rückmarsch nächstens eintreffen würde.

Ich war in vielfacher Beziehung erstaunt über diesen Brief. Erstens zeigte er mir, was die Willenskraft eines Mannes zu leisten im Stande sei, denn waren die Buchstaben meines braven Wächters auch etwas fester und zimmermännlicher Natur, so waren die Fortschritte in Styl und Orthographie doch sehr bemerkbar. Leberecht hatte sich zum Geleg gemacht, die Worte so zu schreiben, wie man sie ausspricht und verfuhr also ganz naturgemäß. Zweitens aber war es doch mehr als bloß leutselig, daß unser großer Humboldt sein Interesse für den Wächter durch eine gar nicht unbedeutende Geldsendung dokumentirte, — war es mir doch wohl bekannt, daß die pekuniäre Lage des großen Mannes nicht zu den glänzendsten zählte. Dann aber freute ich mich, daß es auch in den Reihen des Heeres seiner Majestät Männer gab, die auf das Wort des größten Gelehrten der Zeit Etwas gaben und nicht die Mode mitmachten, den großen Humboldt zu schmähen, weil er es verschmähte, den Weg zu wandeln, „auf dem man Karriere machen konnte.“

Den Wünschen Leberechts kam ich gewissenhaft nach und Madame Wächtere erhielt jede Woche einen Thaler von der mir überwiesenen Summe. Ehe die Summe aber ausgegeben war, trafen die Dragoner ein und Unteroffizier Humboldt war nicht wenig stolz, einen Veritt führen, und seinen früheren Bekannten zeigen zu können, welches militärische Genie in ihm stecke.

(da seit 1846 das Gesetz der freiwilligen Vereinbarung nicht die ge-
hofften Erfolge gehabt) beruht auf sehr billigen Grundsätzen. Die
Kreisräthe wählen die drei Kreiscomitees und Special-Regulirungs-
Kommissionen aus ihrer Mitte. Erstere beistehen die, unter Zuziehung
von Sachverständigen gefertigten Operate der Legteren endgültig, und
nur Formfehler unterliegen einem Rekurs an den Staatsrath. (Des
Gesetzes über die Gleichstellung der Juden haben wir schon gestern Er-
wähnung gethan. S. Red.) — Es stehen uns noch vielfache Verände-
rungen bevor. Graf Wielopolski entwickelt in Allem eine große
Thätigkeit. Erst vorgestern empfahl er allen Beamten der Regie-
rungskommission des Innern (in welche er, in Abwesenheit des
neuerannten Generaldirektors Graf Keller den im vorigen Jahre
außer Dienst getretenen Abtheilungsdirektor für Handel, Gewerbe
und Künste v. Fußcegowski wieder einführte), die größte Gewissen-
haftigkeit, Thätigkeit und besonders reine Hände, um den Beamten-
stand vor Verunglimpfung zu bewahren, da er als Chef der Civil-
verwaltung unanfechtlich streng in allen Dienstzweigen zu sein
beschlossen habe. (Off. J.)

Türkei.

Ragusa, 23. Juni. [Vom Kriegsschauplatz.] Der-
wisch Pascha ist von Bilecia aufgebrochen und in Vagnani einge-
rückt. Er marschirt auf Grabowo, wo Bupalovich sich befindet.
Husein Pascha steht in Bassowich und Abdi Pascha in Spuz.
Die Montenegriner haben eine für die türkische Armee bestimmte
Geldsendung von 10,000 Zechinen aufgefangen.

Afien.

— [Hinrichtung von Missionaren.] Nach einem
dem „Monde“ zugegangenen Schreiben aus Hong-Kong, vom
25. April, ist daselbst die Trauerbotschaft eingetroffen, daß zwei
spanische Bischöfe, Mgr. Hermosilla und Mgr. Ochoa, so wie der
spanische Missionar, Pater Almata, in Koning enthauptet worden
sind. Man weiß nicht, was aus den zwei französischen Bischöfen
und den drei französischen Missionaren geworden ist, welche in
demselben Reiche das Evangelium predigten. Auch über den Bis-
chof und die Missionare, welche in Koning zurückgeblieben
sind, hat man keine Nachrichten. Am 17. Februar wurde, trotz
seines regerlichen Pases, der französische Missionar Neel mit fünf
chinesischen Christen zu Kay-Tschu in China enthauptet.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 25. Juni. [14. Sitzung], um 9 Uhr 15 Min. vom Prä-
sidenten Hrn. Grabow eröffnet. Am Ministertische die Herren v. d. Heydt,
Graf zur Lippe, v. Holzbrinck und ein Regierungskommissar des Finanzmi-
nisteriums. — Urlaubsgesuche werden bewilligt. — Die Kommission von 14 Mit-
gliedern zur Vorberathung des Antrages des Abg. Krause (Magdeburg) und
Dr. Sedow, die Verhältnisse der evangelischen Landeskirche be-
treffend, ist heute gewählt worden, sie hat sich wie folgt konstituiert: v. Sau-
den (Zulienfelde), Vorsitzender; Sohn (Marienwerder), dessen Stellvertreter;
Richter, Schriftführer; Dr. Ebertz, dessen Stellvertreter; die übrigen Mit-
glieder sind: Brenzel, Gringmuth, Schneider (Sagan), Krag, Ritter, Dr.
v. Bunjen, Roepelt (Breslau), Dr. Kupp, Graef. — Das Herrenhaus zeigt
die zweite Abstimmung über die durch die Annahme des Minister-Verantwor-
lichkeitsgesetzes bedingte Abänderung der zwei Artikel der Verfassungsurkunde an.
— Der Präsident: Ich wollte eine Kommission von 21 Mitgliedern zu wäh-
len vorschlagen, welcher dieser Entwurf zur Vorberathung überwiesen werden
sollte; es ist aber ein Antrag des Abg. Ewertz eingebracht worden, welcher
fordert, daß das Haus sich außer Stande erklären solle, in die Verathung über
diesen Gesetzentwurf einzutreten. (S. unten.) — Abg. Ewertz schlägt eine
Vorberathung im Hause über die Vorfrage, ob Kontinuität des Herrenhauses,
ob Diskontinuität, vor. Die Frage liege einfach; erst müßte diese Vorfrage beant-
wortet sein, ehe man der Kommission von 21 Mitgliedern den Entwurf über-
weisen könne. — Abg. v. Vincke widerspricht der Ansicht des Vorredners; bei
der Wichtigkeit der Frage sei eine Vorberathung in der Kommission der Abgeord-
neten doppelt nothwendig. — Der Justizminister Graf zur Lippe schließt
sich dieser Meinung an; die Regierung legt Werth darauf, daß bei der großen
Wichtigkeit der Frage eine Vorberathung in der Kommission stattfinde. — In
derselben Richtung spricht sich der Abg. Reichenperger aus. — Grade die
vorgebrachten Gründe erscheinen dem Abg. Waldeck für die Vorberathung im

Hause zu sprechen. Die Frage sei ganz einfach und jeder im Hause kenne dieselbe
genau. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Antrag des Abg. Ewertz,
über seinen Antrag eine Vorberathung im Hause stattfinden zu lassen, wird ab-
gelehnt, eine Kommission von 21 Mitgliedern wird also erwählt, um über
den Antrag Ewertz zu referiren und dann um sich mit dem Entwurf zu be-
schäftigen.

Vor der Tagesordnung nimmt das Wort der Finanzminister v. d. Heydt:
In Folge Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, im Verein mit dem Herrn
Handelsminister, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Berg-
werksabgaben. (Bewegung.) Im vorigen Jahre hat die Regierung den
Wegfall der Abgaben auf Eisenstein in Aussicht gestellt, sobald eine Ermäßigung
der Eisenzölle ermöglicht sein werde. In dem Vertrage mit Frankreich ist diese
Ermäßigung ausgesprochen. Der §. 1 des vorliegenden Entwurfes schlägt da-
her den Wegfall der Abgaben auf Eisenstein vor; diese Abgabe beläuft sich auf
35,000 Thlr. Der Entwurf hebt ferner das Reichsgeld von 1 Thlr. jährlich für
jedes Bergwerk auf; diese Abgabe warf 5000 Thlr. ab. Der Entwurf schlägt
den Wegfall verschiedener kleiner Abgaben, in Westfalen erhoben, im Betrage
von einigen hundert Thalern vor. Bezüglich derjenigen Ermäßigung, welche
nach dem Gesetze vom 22. Mai 1861, vom 1. Januar 1862 im Betrage von 1%
eintreten soll, und der Bestimmung, daß weiter 1% erlassen werden soll, so-
bald die Einnahmen daraus eine Million erreichen, erlaubt der Vertrag mit
Frankreich ebenfalls eine schnellere Ermäßigung, so zwar, daß innerhalb der näch-
sten 3 Jahre jedes Jahr 1% der Bruttoeinnahme erlassen werden soll und die
Abgaben, welche jetzt 4% betragen, am 1. Januar 1865 auf 1% reducirt sein wer-
den. Es geschieht dies, um der inländischen Eisenindustrie die Konkurrenz zu
erleichtern. Die Aufschlagssteuer soll bestehen bleiben; die durch Allerhöchste
Ordnung von der Gewerbesteuer befreiten Gütenwerke sollen vom 1. Januar 1865
wieder zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Der Entwurf schlägt auch eine
Gleichstellung der Bergwerksabgaben in allen Theilen der Monarchie vom 1.
Januar 1865 vor und zwar nach den Bruttoerträgen. — Der Vorschlag des
Ministers, den Entwurf der vereinigten Kommission für Finanzen und für
Handel und Gewerbe zu überweisen, wird vom Hause genehmigt. Der An-
trag des Abg. Ewertz, eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu
wählen, wird abgelehnt. — Abg. v. Rönne (Solingen) beantragt die Verstär-
kung der Handelskommission. Das Haus bewilligt dieselbe.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommi-
sion zur Prüfung des Staatshaushalts über die gleichzeitige
Berathung der Etats pro 1862 und 1863. Dem Berichte ist beifolgend
ein Gesetzentwurf beigefügt, wonach der Entwurf des Budgets eines jeden Jah-
res dem Hause des Abgeordneten spätestens bis zum 1. September des
vorhergehenden Jahres zur Berathung vorgelegt werden muß. Abg. Hagen
und 58 Genossen haben beifolgend den Abänderungsantrag eingebracht, anstatt
1. September 1. März zu sagen. (Die Minister v. Mühlner und v. Jagow sind
eingetreten.) — Zur Generaldiskussion nimmt das Wort der Abg. Reichen-
perger (Biedum): Er sei mit der Tendenz des Kommissionsantrags einver-
standen; indeß läge der bezügliche Antrag schon in der Verfassung und sei auch
die Bestimmung derselben von der früheren Regierung so aufgestellt worden; man
habe sich im Unterlassungsfalle entschuldigt. Es komme nur darauf an, wie man
sich der Regierung gegenüber schütze. Dazu diene sein Antrag. — Abg.
v. Vincke (gegen den Kommissionsantrag): Es habe noch keinen Finanzminister
gegeben, welcher solche Zuverlässigkeit gegen die Wünsche des Hauses gezeigt
habe. Der frühere habe auch nicht den zehnten Theil der Liebesswürdigkeit gegen
seine Freunde gezeigt, wie der gegenwärtige gegen seine Feinde. Er begreife also
nicht, warum das übertriebene Mißtrauen. Auch sei es faktisch möglich gewesen,
mit der verpöblichten Vorlage des Budgets zu existiren, und der neue Gesetzentwurf
gebe auch keinen Schutz gegen eine solche Verfaßtheit. Man müsse aber das
Beste von der Neigung im verfassungsmäßigen Leben erwarten. Bestände in
Preußen ein Ministerium, welches die Majorität des Landes hinter sich hätte,
würde man in Preußen ein solches Betragen gewagt haben? Der Art. 99 der
Verfassung sei so klar, daß er keiner Amplification bedürfe. Hr. Reichenperger
habe mit seiner Argumentation zu viel bewiesen. Bedenklich sei auch das Am-
endement Hagen. Mit dem Vorgehen bis zum 1. März werde praktisch nichts er-
reicht und das Haus könne verurtheilt sein, jedes Jahr bis zum Juni zu tagen. Für
außerordentliche Fälle müsse man der Regierung einen größeren Spielraum geben.
Die einzelnen Bestimmungen scheinen den Absichten des Antragsstellers Hagen nicht
zu entsprechen und bedenklich zu sein. Der erste Abg. bedürfe jedenfalls einer
genaueren Fassung. Man könne von einer vorhergehenden Session sprechen,
nicht aber von einer Session des vorhergehenden Jahres. Diese Ansetzung möge
spitzfindig sein, aber Anträge seien ja alle spitzfindig; auch der dritte Ab-
sag sei nicht präzis und im Widerspruch mit einer geordneten Finanzver-
waltung.

Der Finanzminister v. d. Heydt: Im Kommissionsbericht sei angeführt,
daß die Regierung aus freier Entschliebung den Etat für das nächste Jahr in
der ersten Sitzung vorgelegt und damit die bisherigen Bedenken beseitigt habe.
Das Entgegenkommen der Regierung sei nicht der Majorität des Hauses allein,
sondern dem ganzen Hause zugewandt; dem jetzigen Finanzminister gebühre
nicht allein das Verdienst, die Frage gelöst zu haben, auch sein Amtsvorgänger
habe denselben Weg einschlagen wollen. Anstatt Anerkennung finde die Regie-
rung Mißtrauen; sie habe aber die redliche Absicht, allen Wünschen entgegen-
zukommen; gegen die Resolution Reichenperger lasse sich nichts einwenden.
Keine preussische Regierung würde es unternehmen haben, eine Regierung in

Kassel diesseits einzuführen. Was die preussische Regierung zu fordern berech-
tigt war, ist erfüllt. Die Regierung wird das Budget jedesmal in der ersten
Sitzung einer neuen Session vorlegen. — Abg. v. Kirchmann (schwer ver-
ständlich) hat allgemeine Bedenken gegen die verschiedenen Vor schläge. Es
werde aber auch nicht gut möglich sein, den Durchschnitt nach den drei vorher-
gehenden Jahren zu berechnen; es würden zwei Jahre wegzubringen müssen, wenn
der Vorschlag angenommen würde. Die Rechnungsabläufe könnten erst Mitte
März des folgenden Jahres gemacht werden. Der Durchschnitt des vorigen
Jahres könne also nicht angegeben werden, wenn der Etat schon bis zum 1. März
vorgelegt sein müsse. Die Folgen sehe man recht an den Positionen bei den
Steuern, und noch größer stelle sich die Differenz heraus bei den Einnahme-
zweigen, welche auf den geschäftlichen Verkehr basiren, so bei den Domänen und
Forsten, bei den Eisenbahnen. In den beiden Jahren 1862 und 63 ist eine Ein-
nahmesteigerung von 6 Millionen vorgezogen, welche, nach Annahme der Vor-
schläge für das Budget pro 1864, keine Berücksichtigung finden könnten. Große
Ueberschüsse seien unnatürlich und nachtheilig für das Land. (Im Hause wird
es sehr unruhig.) Einen Antrag wolle er nicht stellen, weil dies ohne Aenderung
der Verfassung nicht möglich ist. Es sei besser, Alles der Entwicklung der Ver-
hältnisse zu überlassen. — Abg. Virchow (gegen den Kommissionsvorschlag
und gegen den Entwurf, aber für den Verberungsantrag Hagen): Der Abge-
ordnete für Stargard habe die Kommission auf den Standpunkt des Miß-
trauens hingedrängt und den Berichterstatter als den Träger dieses Mißtrauens
hingestellt. Das sei nicht der Fall; der Bericht beweise es, daß es sich hier um
eine Behandlung drehe, die sich nicht an das jetzige Ministerium knüpft, sondern
um eine zur Herstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes. Die Versicherung
des Ministers in Betreff seines Amtsvorgängers bezweifle er, bis Hr. v. Patow
das Gegenteil bestätigt; seine Zweifel gründeten sich auf Vorgänge in der Kom-
mission vom vergangenen Winter. Der jetzige Minister sei also zu scheiden.
Die Anträge seien aber auch nicht aus persönlichem Mißtrauen abzuleiten. Man
hege nur das Mißtrauen in menschliche Schwächen und in menschliche Fehler,
welches dahin geführt hat, daß die absoluten Könige durch Verfassungen be-
schränkt worden sind. Er habe bestimmte Vorbilder, die von den Anträgen ab-
zuwenden werden. Es sei z. B. nicht gelungen, den Hrn. Berichterstatter dahin zu
bringen, neben Belgien auch Italien zu nennen. (Oh!) Herr v. Vincke stelle
sich als Unparteiischer im Kampfe hin und theile nur rechts und links gelinde
Streiche aus; das fördere aber nicht das parlamentarische Leben. Der Abge-
ordnete für Stargard hätte besser eine offene Sprache führen, sich für oder ge-
gen den Entwurf erklären können. Das Ministerium habe eine nothwendige
Sache ausgeführt, daß sei mit Dank entgegenzunehmen; es möge die Bereitwil-
ligkeit weiter dadurch dokumentirt werden, daß es das, was es jetzt gethan,
dauernd in die Gesetzgebung einführe. Die Amendements betreffend, so wünschte
doch diejenigen, welche den 1. Septbr. vorschlagen, sicher, daß es bis zum 1.
März geschehen könne. Es sei fraglich gemacht, ob bis zum 1. März die Vorlage
eines Etats geschehen könne. Die Kassenverwaltung gehe so exakt fort, daß man
jetzt schon die Rechnungsabläufe bis zum letzten Mai habe einsehen können;
eine approximative Aufstellung des Etats sei also möglich, denn es handle sich
hier nicht um eine Aufstellung auf Heller und Pennig. Es sei nicht einzusehen,
warum man den Termin bis zum 1. Septbr. hinausrücken wolle. Für außer-
ordentliche Fälle habe man sich nicht zu basiren, in außergewöhnlichen Verhält-
nissen könne auch Außergewöhnliches geschehen. Er werde also gegen den Ent-
wurf, event. für das Amendement Hagen stimmen.

Der Finanzminister v. d. Heydt: Es sei auch möglich, daß auch in die-
sem Hause eine andere Anschauung Platz greife. Ein in der Konstitution liegen-
des Mißtrauen könne auch dazu führen, daß das Budget unerledigt bliebe und
die Regierung zur Erledigung eine außerordentliche Sitzung zusammenberufe.
So lange die Regierung das Budget in der ersten Sitzung vorlege, bestehe kein
Bedürfnis zu einem Geleze. Die für die Aufstellung des Etats pro 1864 er-
lassene Instruktion werde die Ueberzeugung geben, mit welcher Sorgfalt allen
Verhältnissen Rechnung getragen ist. Es liege weder für die Abänderung der
Verfassung, noch für die Emanation eines Gesetzes ein praktischer Bedürfnis
vor. — Abg. v. Sybel: Vertrauen oder Mißtrauen zwischen Regierung und
Volk können nur bei politischen Prinzipien und Machtverhältnissen eintreten.
Davon sei hier keine Rede. Es handle sich um technische Dinge. Alle Welt
wünsche die Sache und es handle sich nur um die richtige Form. — Abg. Ha-
gen gegen den Kommissionsantrag und für seinen Antrag, welchen er nur als
Bruchstück eines großen Gesetzes betrachtet, welches die Grundzüge für Einrich-
tung der Budgets feststellen sollte. In dieser Beziehung wäre uns Belgien,
Italien und Frankreich voran. Was die beiden sich gegenüberstehenden Ter-
mine (1. September und 1. März) betrifft, so scheint für den ersten zu sprechen,
daß die Regierung selbst bis zum 1. März spätestens das Budget vorlegen will.
Schwierigkeiten würden daraus nicht entstehen. Redner theilt die einschlägigen
Bestimmungen des italienischen Gesetzes vom 3. Nov. 1861 mit, welche in der
That von Mißtrauen fern gelegen haben. Es handle sich nur um eine gesetz-
liche Feststellung bisher unregelmäßiger Verhältnisse. Die jetzigen Bestimmungen
des italienischen Gesetzes seien in dem für Sardinien bestimmten Geleze vom
13. November 1853 enthalten. — Abg. v. Rönne (Glogau): Die Anträge
hätten keine praktische Bedeutung, sie seien nichts anderes, als gelesene
Monologe; sollen sie mehr werden, so müßten sie als Zusatzartikel zu Art. 99
in die Verfassungsurkunde aufgenommen werden. (Graf Zegenpitz tritt ein.)
Namentlich müsse man sich gegen das italienische Alinea 2 des Hagen'schen An-
trages erklären, als mit den Grundätzen unserer Verfassung nicht vereinbar.

rief ihm noch auf der Schwelle zu, alle Einladungen doch ja schrift-
lich zu machen, und zwar müßten alle auf rosa Papier geschrieben
werden.

Das gab eine Aufregung im Regiment! Die Trompeter übten
mit einer nie genug anzuerkennenden Beharrlichkeit neue Polka's,
Walzer und Galoppaden um dem Freudentage Ehre zu machen.
Einige Unteroffiziere, die von der Natur mit sangeskundigen Ta-
lenten begnadet waren, schrieben den ganzen Tag die einzelnen
Stimmen bekannter schöner Quartette aus und übten zur Verwun-
derung sämtlicher verliebten Rater und wachsamten Gänse und
Hofhunde des Nachts ihre Gesänge. Sie fragten begeistert: „Wer
hat dich du schöner Wald, aufgebaut so hoch dort oben“, forderten
dann kühn auf: „Wohlauf noch getrunken den funkelnden Wein“
und sangen das erträumte Lieb mit schmelzender und zärtlicher
Stimme an: „Du, du, liegst mir im Herzen etc.“

Ein Unteroffizier, der sonst statt des Schweres graufiger
Klinge den Pinzel und Stock des Stubenmalers geschwungen hatte,
arbeitete tagelang hinter verschlossenen Thüren und Eingan-
ge weichte erzählten unter dem Siegel der Verschwiegenheit Wunder-
bares von diesen Arbeiten. Ein alter Sergeant der früher Artillerie-
rife gewesen war, jedoch, wie er meinte seines guten Pferdeverstandes
wegen, zur Kavallerie übertrat als man ihn von der reitenden
zur Fußartillerie versetzen wollte, dieser alte Haudegen suchte seine
Kenntnisse der Mischungsverhältnisse von Salpeter, Schwefel, Kohle
und anderen Ingredienzien wie Strontian u. s. w. zusammen, ac-
quirirte die Hülsen von sämtlichen Kameraden, die nicht Sänger
waren, und sprach mit fabelhafter Vermessenheit von der Herstel-
lung eines Feuerwerkes, so großartig wie es Lützen und Umgegend
noch nie gesehen hätten. Kinder und Kindeskinde wurden davon
noch erzählen.

Wein Leberrecht aber schritt erhobenen Hauptes und mit stolzer
Miene umher und beschaute mit hohem Selbstgefühl all das Trei-
ben, zu welchem er, doch nein, der hohe Herr in Berlin, den Anlaß
gegeben.

Der Wachtmeister ritt und fuhr in allen dienstfreien Stunden
zu den geehrten Eingeladenen vom Civil, beschwor Jedermann
ja zu erscheinen und wußte stets mit selbstgefälliger Miene anzubrin-
gen, daß ja er der Arrangeur sei, man also Kolossales sich verspre-
chen könnte.

Und Jedermann versprach zum zehnten Male ganz sicher zu
erscheinen, und wenn es Pech und Schwefel regnen sollte.

Sogar viele der Herren Offiziere, denen von dem wunder-
samen Feste Kunde geworden war, hatten aus freien Stücken sich sel-

ber eingeladen. Und warum auch nicht? Die Armee war mobil
und kriegsgewappnet, die Stellung zwischen Offizieren und Unter-
offizieren war in gesellschaftlicher Beziehung eine freiere geworden,
wie stets bei Mobilmachungen und ersten Zeiten, die Mädchen in
der Gegend waren allerliebste, kurz man konnte sich viel Vergnügen
im Voraus versprechen und that es redlich.

So kam der heitere Tag des Festes heran. Den Avancirten
des Regiments war ein dienstfreier Nachmittag und ein bis in die
Nacht ausgedehnter Urlaub bewilligt worden. In dem geräumigen
und vielbesuchten Gartenlokalitäten eines in der Mitte der Kanton-
nements gelegenen Dorfes sollte die Festlichkeit stattfinden. Unter-
offizier Humboldt wartete bereits auf seine Gäste.

(Fortsetzung folgt.)

— Geschichtliches aus dem Kreise Kosten.

Eine der ältesten Besitzungen des Kreises ist nach den Angaben der Chro-
nik die Dittschast Lubin. Die uralte ehemalige katholische Pfarrkirche, welche
in der Neuzeit zu kirchlichen Zwecken der hier in's Leben gerufenen evangelischen
Kirchengemeinde überwiesen wurde, führt bis in die Zeit der ersten Siedler zu-
rück. Das ehemalige Benediktiner-Kloster zu Lubin, dessen Ruinlichkeiten zum
Theil abgetragen worden sind, während die schöne Kirche mit dem Charakter
als Pfarrkirche der katholischen Gemeinde als Eigenthum verliehen wurde, soll
die älteste Stiftung ihres Namens im ehemaligen Polenreiche sein und ihren
Ursprung dem Könige Mieczyslaw dem Alten (1174—1177) verdanken. Nach
anderen Angaben fundirte Michael Starbels, Graf Abbat auf Góra das ge-
dachte Kloster im Jahre 1113, dessen Sanctuarium schon im 12. Jahrhunderte
Peter Dunin von Mauerwerk aufbauen ließ. Ein anderer polnischer Chroni-
kenschreiber behauptet, daß der Polenkönig Boleslaw Smialy (1058—1081)
das erste Benediktinerkloster im ehemaligen Großpolen zu Mogilno im J. 1065
gründete, und demselben die Dittschast Dorf-Mogilno, Gierzów, Kurowo,
Bolino, Wolerich, Rossowo, Krennow und Golumbio als Eigenthum schenkte.
Keines von den letzten sieben Dörfern existirt gegenwärtig mehr, und es ist an-
zunehmen, daß das gedachte Kloster zu Mogilno erst von dem Könige Wladislaw
Jagiello (1386—1434) gestiftet worden sei, der das Dorf Mogilno auch in die
Reihe der Städte erhob. Die Gegend um Lubin, wie überhaupt der größte
Theil des Kostenen Kreises mag früher eine große Wüste mit Urwäldern gewe-
sen sein, was sich aus den Privilegien, die Przemyslaw II. dem Benediktiner-
orden zu Lubin im Jahre 1291 ertheilte, zu entnehmen. Dieser Polenkönig
gibt nehmlich dem Kloster ein für allemal das Jagdrecht auf Girsche, Wären,
Biber, Eber und junge Auerochsen (bubulcus). Legiere Thiergattung wurde
in der Umgegend von Lubin so zahlreich angetroffen, wie früher in Malowien.
In der ersten Zeit seiner Existenz waren die Einsassen des Klosters zu Lubin,
wie fast überhaupt alle übrigen in Polen, meist Ausländer — Deutsche, Ita-
liener, Franzosen. Aus ihren Ländern brachten diese bessere Sitten und Ge-
bräuche mit, lehrten die hiesigen Eingeborenen eine einträglichere Handlungs-
weise des Acker, zeigten ihnen dies praktisch auf ihren Besitzungen, führten aus
ihrem Heimatlande gute Obstbäume ein und suchten durch großartige Muster-
anlagen den Sinn für diesen wohlthätigen Kulturzweig bei ihren Untergebenen

zu wecken und zu pflegen. Wenn der Orden der Benediktiner überhaupt, so
wie der der Cisterzienser um die äußerliche, materielle Hebung des gemeinen
Mannes eifrigt bemüht war, um dann auch in moralischer Beziehung eine bessere
Harmonie zu ermöglichen, so hat derselbe um den Wohlstand und die Sittlich-
keit der ihm untergebenen Dittschast hier sich besondere Verdienste erworben, die
von den Generationen vergangener Jahrhunderte in dankbarer Weise aner-
kannt worden und theils in der Neuzeit noch sichtbar hervorgetreten sind. Nebst
Ackerbau, Obstbaumzucht, der Volksbildung wurden von dem Kloster Lubin
auch schon Künste, wie Musik, Malerei u. s. jorgam gepflegt. Im 16. Jahr-
hundert bestand hieselbst eine Musikschule, welche selbst von jungen Leuten des
Auslandes besucht wurde. Lambert, ein Franzose und Dirigent der Musik-
schule des Klosters Lubin, wurde von dem moskowitzischen Gp. Dmitri nach
Moskau an den dortigen Hof berufen, wo er sein Leben einbüßte. Die ehe-
malige Klosterbibliothek war wegen ihrer zahlreichen und reichhaltigen Werke
weit bekannt. In der Klosterkirche zu Lubin liegt Wladislaw Waszkowski, Fürst
von Gropolski, welcher im Jahre 1228 zu Schroda aus Garam, wie der polni-
sche Geschichtschreiber Kromer schreibt, weil er die Belagerung Gnesens un-
verrichteter Sache aufgeben mußte, starb, begraben. Auch ruht hier der am
15. Mai 1603 verstorbene heilige Mönch Bernhard, welcher, der Sage nach,
in Gräz den leeren Brunnen mit dem vorzüglichen Wasser auf wunderbare
Weise gefüllt hat. Durch viele Jahre unternahmen die Einwohner der Stadt
Gräz aus Dankbarkeit gegen den heil. Mönch eine Wallfahrt nach dem ehe-
maligen Kloster Lubin und brachten als Opfer eine Tonne von dem dortigen Bier
mit. Die zum ehemaligen Kloster Lubin gehörigen und im hiesigen Kreise be-
legenen Dittschast: Żelża, Bieżyń, Głogowo, Donatowo, Gielzadowo,
Lagowo, Dalewo, Łusztowo, Moszczki, Nowydwór, Stankowo, Swi-
niec, Wawie, Wyrzeta, Bieżyń, bilden die königliche Domäne Żelża.

Eine andere, in geschichtlicher Beziehung oft genannte Dittschast hiesigen
Kreises ist Racat. Racat gehörte im 16. Seclum der mächtigen und be-
rühmten Familie Kostka, die auch hier ein großes Schloß erbauen ließ. Anna
Kostka, Fürstin Dittsch, nahe Verwandte des heilig gesprochenen und in ganz
Polen hoch verehrten Patrons Stanislaw Kostka, starb hier. Später wurde
diese reiche Besitzung Eigenthum des Peter Bronisz, Kastellans von Kalisz.
Ein schottischer Kommissarius des Bronisz vertrieb dessen Tochter, als er die
Nachricht erhielt, sein Prinzipal sei in Bender, wo er bei Karl XII. verweilte,
ermordet worden, aus dem Schloße und bemächtigte sich sine titulo des gan-
zen Vermögens. Als Bronisz wieder zurückkehrte, ließ er den Verräther ins
Gefängnis werfen und verurtheilte ihn zum Hungertode. Nach dem Tode des
Bronisz, im Jahre 1720, heirathete ein Fürst Jablonowski dessen Tochter.
Durch diese eheliche Verbindung ging Racat in die Hände der erstgenannten
fürstlichen Familie über. Fürst Anton Jablonowski, Kastellan von Krakau,
ließ hier ein schönes und geschmackvolles Schloß bauen. Während der bari-
schen Konföderation ließ der russische Heeresführer Dremicz das Schloß plündern und
fast ganz zerstören. Im Besitz der fürstlichen Familie war Racat der Sam-
melplatz der großpolnischen Magnaten. Kosciuszko und der Fürst Jozeph
Poniatowski haben sich hier durch längere Zeit aufgehalten nachdem die Russen
Polen eingenommen hatten. Damals bestand in Racat ein großes Theater und
im Jahre 1793 wurden hier noch Werke von dem berühmten Jozeph Wypiecki
vorgelesen. Die Herrschaft Racat erwarb kaiserlich später Wilhelm, Fürst von
Rasau, endlich von diesem der König der Niederlande, in dessen Besitz dieser
Güterkomplex, der über 2000 Seelen zählt, sich bis zur Gegenwart befindet.

Dies Alinea bilde eine Art von Privilegium für die Mitglieder dieses Hauses; ebenso könnten sie Vorstöße bis zum 1. März verlangen. Redner hat weder Vertrauen noch Mißtrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium; er stelle sich auf den objektiven Standpunkt für das Wohl des Landes. Ein Mißtrauen gegen das Ministerium sei ein Mißtrauen gegen seine eigene Kraft. Er werde für den Kommissionsantrag stimmen, weil derselbe nach der Verfassung schon unzweifelhaft ist.

Abg. Twisten schlägt die formale Bedeutung des Gesetzes nicht gering an. Sicher sei der Geist des Gesetzes der Geist der Verfassung die beste Garantie für die Ausführung dessen, was wir verlangen, aber in dem Augenblicke herrsche nicht gerade das beste Einverständnis und da sei das Gesetz ganz gut. Nicht auf eine bestimmte Person im Ministerium sei das Gesetz gerichtet, sondern für die Dauer. Es sei nicht einzusehen, warum von Hrn. v. d. Heydt dem Gesetze widersprochen werde, das in seinem Interesse sei. Gestern sei das Gerücht verbreitet gewesen, die Regierung stimme dem Kommissionsentwurf bei; dann hätte man diesem letzten den Vorzug vor dem Amendement haben können. Heute aber erkläre sich der Minister gegen Alles und dann sei das Amendement Hagen besser. Entschieden müsse er sich gegen den Vorschlag Reichensperger erklären. „Unsere Sache ist es, auszusprechen, was wir wünschen.“ Der §. 2 des Entwurfs dürfe nicht fortfallen, das Amendement Hagen sei auch nur zu §. 1 gestellt. — Abg. v. Patow: Die Ausführungen des Hrn. Virchow sind irrtümlich; Redner und seine Freunde wollten nur die Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände. Er habe als Minister stets danach gestrebt, die bestehenden Uebelstände abzuheben; in der Budgetkommission vor zwei Jahren habe er verschiedene Wege dazu vorgeschlagen, unter Anderem auch den jetzt ergriffenen, als den kürzesten; keinem Vorschlage hatte die Kommission beigestimmt und deshalb habe die Regierung in der vorigen Session keinen Entwurf vorgelegt. Wer mit der kolossalen Arbeit der Etatsaufstellung vertraut ist, werde einsehen, daß es unmöglich gewesen sei, noch in der vorigen Session einen Entwurf einzubringen. Bei der Auflösung des Hauses war es sein erster Gedanke, den Weg, der jetzt ergriffen, zu betreten. Der Vorschlag fand sofort die einstimmige Zustimmung des Ministeriums, und es sei erfreulich, daß die jetzige Regierung den Vorschlag adoptirt hat. Redner bedauert den Kommissionsantrag und das Amendement, von denen er sich keinen wesentlichen Vortheil verspricht. Diese Vorschläge seien ein Mißtrauensvotum, das sich das Haus selbst dem Lande gegenüber ausstellt; eine Landesvertretung, die sich ihrer Kraft bewußt ist, bedarf eines solchen Gesetzes nicht. Die Anträge sagten etwas ganz Anderes, als sie meinen; man könne doch nur ungewöhnliche Verhältnisse hierbei ins Auge fassen und da sei der Kommissionsantrag vorzuziehen. Das Amendement Hagen angenommen, könnte die Regierung dahin führen, den Bestimmungen nicht nachkommen zu können. Der Weg, den die Regierung jetzt geht, sei so heilsam, so wichtig, daß es ganz gut sein mag, einen Nadel, der das Rückwärtsgehen hindert, vorzulegen. Der gegenwärtige Gesetzentwurf würde aber auf die Regierung keinen hindernden Einfluß üben, er wird derselben keine Gewalt antun. Prinzipiell widerspreche er beiden Anträgen, da sie aber einmal gemacht sind, werde er für den Kommissionsantrag stimmen. (Schon vorher sind die Minister im Konferenzzimmer zu einer Beratung zusammengetreten, nur der Regierungskommissar des Finanzministeriums so wie 4 andere Regierungskommissarien sind anwesend.)

Abg. v. Mallindrodt (gegen den Kommissionsantrag; die Bänke leeren sich; die Diskussion dauert schon 3 Stunden): Er will sich wieder mit der heftigen, noch mit der italienischen Frage beschäftigten. Was die Anträge betreffe, so gelte es, von zwei Uebeln das kleinste zu wählen, wenn man nicht an dem Einfachen festhalte, beide abzulehnen. — Nachdem der Abg. Ziegler für den Kommissionsantrag gesprochen, wird die Generaldiskussion geschlossen. — Es ergreift der Referent Abg. v. Herrath das Wort, um zunächst seinen persönlichen Standpunkt zu dem Gesetzentwurf zu bezeichnen, in welchem er einen Zusatz zu dem Verfassungsparagraphen 99 sieht. Er tritt den Angriffen des Abg. Virchow entgegen; die Majorität der Budgetkommission wisse sehr wohl, wie sie es anfangen hat, um den Berichterstatter dazu zu zwingen, etwas, was sie will, in den Bericht aufzunehmen. Ob die Herren, die jetzt die Majorität haben, Besseres schaffen werden mit ihren Anträgen, möge dahingestellt bleiben; man möge doch dankbar sein für das bis jetzt Erhaltene. — Zu persönlichen Bemerkungen nehmen das Wort die Abgg. Virchow und Hagen gegen die Behauptungen des Abg. v. Patow, welcher seinerseits erwidert. (Das Ministerium tritt ein. Die Bänke haben sich gefüllt.) — Zur Spezialdiskussion über §. 1 nimmt das Wort Abg. v. Vinde (Stargard): In konstitutionellen Staaten müsse es heißen: möglichst viel durch das Volk, und nicht: alles für das Volk, nichts durch das Volk. Das Ministerium gefalle uns nicht und die Majorität des Hauses gefalle uns auch nicht; das könne man sehr gut sagen; man könne stets vom Parteistandpunkte aus sprechen. Denn denn die Herren von der Fortschrittspartei unter einander in der heute in Rede stehenden Frage einverstanden? Redner greift die Partei an und empfängt dafür Rufe: zur Sache! Er meint, er sei bei der Sache, denn er verteidige sich gegen Angriffe, die heute gegen ihn und seine Partei gerichtet worden sind. Zur Sache übergehend, meint der Redner, daß es keiner Resolution bedürfe, wenn man Vertrauen zur Regierung habe. Wenn Herr Virchow sage, des Redners Partei habe jahrelang nur Worte gemacht, aber keine Thaten, so sei zu erwidern, daß der Abgeordnete eben nur Worte zur Disposition habe; der Abg. Simson habe übrigens schon 1851 einen dem heutigen Antrage ähnlichen Antrag eingebracht; man könne also seiner Partei einen Mangel an Konsequenz nicht vorwerfen. Uebrigens differire doch die belgische Verfassung mit dem Antrage des Abg. Hagen; zehn Monate vor Ablauf des Finanzjahres müsse dort das Budget vorgelegt werden. Er habe kein bestimmtes Ministerium in Hessen gewollt, er habe bloß gesagt, daß ein anderes Ministerium in Preußen sich ein solches Ministerium nicht gefallen lassen würde. Man ist dort aus dem Regen in die Traufe gekommen. Der Regierung ist hier eine Inkonsequenz vorzuwerfen.

Herr v. d. Heydt weist diesen Vorwurf ab; die Regierung ist konsequent geblieben; die Regierung war berechtigt, die Entlassung des vorigen Ministeriums wegen des dem Gesandten in Kassel gewordenen Empfanges zu verlangen. — Abg. Reichensperger (Biedum) will von dem Recht, nach Kassel und Italien mitzugehen, nicht Gebrauch machen. Hoffentlich werde das Ministerium das Land nicht eines Tages mit einem Defizit von 435 Mill. überraschen. Was seinen Antrag betreffe, so wolle er einfach der Mißbeurteilung aus dem Wege gehen, daß er nicht mehr auf dem seit Jahren festgehaltenen Standpunkte stehe. Durch den Kommissionsantrag werde mehr Terrain verloren als gewonnen werden. Der Vorzug seines Antrages sei, daß er nicht der Zustimmung der andern beiden Faktoren der Gesetzgebung bedürfe, folglich immer einen praktischen Effekt haben würde. — Abg. Waldeck: Die Debatte hätte wohl im Zeitraum von einer Stunde erschöpft werden können. Das Scheingefecht des Tages führe zu nichts. Seine Partei bringe auf Wahrheit und Recht. Nicht allein die Worte, sondern das Bewilligen und Nichtbewilligen sei auch eine That. Bedenklich könne bei dem Antrage Hagen Al. 2 nur sein, daß das Budget in der Presse diskutiert wird. Das sei aber ein Vortheil und kein Schaden, eine lokale Regierung könne dagegen nichts einwenden wollen. Ein großer Unterschied bestehe nicht zwischen dem 1. März und dem 1. Septbr., der erste Termin sei nur zweckmäßiger. Er bereue seinen Standpunkt zum Spheleischen Amendement in der Abrede-Debatte nicht, er sei jetzt justified. Die Marschbereitschaft sei auf gar keinem Prinzip gebaut; solle diese aufrecht erhalten bleiben, bis das jetzige Ministerium Dehn im Innern liberal geworden ist? — Abg. Virchow: Seine Partei und ich beide sind von der des Abgeordneten für Stargard eben darin, daß erstere Vorschläge fasse und das seien Thaten, während letztere nur Worte mache. Es sei gar nichts Neues, wenn den Mitgliedern des Hauses der Satz zugeht, auch wenn der Antrag veragt wird. Und in Betreff des Al. 3 des Amendements Hagen könnte auch der Etat durch den Staatsanwalter bekannt gemacht werden. — Die Diskussion ist geschlossen; nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Vinde und einer fast persönlichen Verteidigung von Seiten des Referenten Abg. v. Herrath geht das Haus zur Abstimmung über. Für das Amendement Reichensperger, also lautend: „Die Erwartung auszusprechen, daß der Entwurf des Staatshaushalts-Etats eines jeden Jahres dem Hause der Abgeordneten spätestens im September des vorhergehenden Jahres zur Beratung vorgelegt werde,“ erhebt sich nur die katholische Fraktion. Der Änderungsantrag des Abg. Hagen wird mit geringer Majorität abgelehnt; der §. 1 der Kommissionsvorlage mit sehr großer Majorität angenommen; ebenso der §. 2 ohne Diskussion und dann der ganze Entwurf, welcher lautet: „§. 1. Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats eines jeden Jahres muß dem Hause der Abgeordneten spätestens zum 1. Septbr. des vorhergehenden Jahres zur Beratung vorgelegt werden. §. 2. Der Finanz-Minister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“

Das Haus geht zu der Diskussion über den mit der Türkei abgeschlossenen Vertrag über. (Die Bänke leeren sich von Neuem.) — Abg.

Müller (Anklam) stattet mündlich über die Regierungsvorlage Bericht ab und empfiehlt dieselbe dem Hause zur Annahme. Es findet weder eine General- noch eine Spezialdiskussion statt und wird bei der Abstimmung der Antrag der Kommission einstimmig angenommen. — Es wird hierauf zur Erledigung des dritten Punktes der Tagesordnung geschritten: Mündlicher Bericht des Abg. Müller (Anklam) über den Entwurf eines Gesetzes wegen Einstellung der Erhebung von Schiffabgaben auf der Mosel. Der Entwurf wird ohne Diskussion angenommen. — Der Referent berichtet über den Vertrag mit Hannover wegen Aufhebung des Slauder Zolles. Das Haus folgt den Ausführungen des Referenten über die Entschuldung des Zolles mit geringer Aufmerksamkeit. — Der Vertrag wird angenommen, und das Haus geht zum letzten Gegenstande der Tagesordnung über: Erster Bericht der Kommission für das Gemeinwesen über Petitionen. Die Kommunalbehörden von Eignitz, Kleve, Roesfeld, Hamm führen Beschwerde über das Drückende und Ungerechte der Einkunftssteuerlast und über die Unzulänglichkeit der Servientenschädigung. — Der Regierungskommissar bemerkt, daß in den letzten Jahren Seitens der Regierung energischer als je mit dem Kasernenbau vorgegangen sei. Es habe auch 1860 eine Revision stattgefunden und wären in Folge dessen 25,000 Mann mehr kasernirt worden. Auch sei die Regierung bemüht, den Druck der Einkunftssteuer zu mildern, z. B. durch Errichtung gemeinlicher Speiseanstalten. Die Erhöhung der Servientenschädigung würde solche Summen in Anspruch nehmen, daß die Regierung die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen könne. — Abg. Hagen: Es handelt sich um einen Rechtsanspruch. Der Herr Regierungskommissar habe nur von dem guten Willen der Regierung gesprochen. Die Erklärung wegen des Servises sei eine Involuntärklärung der Regierung. — Abg. v. Mallindrodt (gegen den Antrag der Kommission): Es sei eine berechtigte Forderung, daß die den Gemeinden verurtheilten Einkunftssteuern vollständig vergütet werden müßten. Faktisch müßte dieser Zustand aber wohl angestrebt werden. Eine allgemeine gesetzliche Form, nach welchen Grundbesitz der Subreparation der Einkunftssteuern geschehen soll, bestehe nicht. Aus dem Landrecht habe man den staatsrechtlichen Grundlag hergeleitet, daß die Einkunftssteuergeld eine Reallast sei, damit komme man aber bei Mobilisation nicht aus, da werde sie als Personallast mitbetrachtet, und als Personallast werde sie in Düsseldorf immer behandelt, wo man nicht fragt: wie viel Raum bewohnt der und der, sondern wie viel Kommunalsteuer zahlt er, und danach wird die Einkunftssteuer bemessen. Alle diese Verhältnisse stehen in Bezug auf eine Last, welche von Staatsbürgern zu Gunsten des Gemeinwohls getragen wird; eine Abhilfe sei also notwendig. Die vermehrten Kasernenbauten werden den Bewohnern der mittleren Städte von 3—12,000 Einwohnern, welche früher nicht Garnisonsstädte waren und es erst mit der Reorganisation geworden sind, nicht abstellen. An Stelle des Kommissionsantrages stelle er folgenden Antrag: „Das Haus möge die Petitionen der Regierung mit dem Ersuchen vorlegen, dem Landtage in dessen nächster Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches 1) die für das gesamte Einkunftssteuergewesen und insbesondere für die Vertheilung der Einkunftssteuern innerhalb der Gemeinden maßgebenden allgemeinen Grundzüge festzustellen und 2) den Quartiergebern eine Vergütung aus Staatsmitteln zu sichern hat, welche im Verhältnisse zu den entstandenen Kosten steht.“ — Der Antrag findet eine sehr zahlreiche Unterstützung.

Abg. Dr. Frese will den Kommissionsantrag verbessern. Er spricht von der preussischen Politik der Mobilisation; anstatt zweier Armeekorps gegen Kurhessen wären zwei Regimenter genügend gewesen. Das Amendement will, daß in dem Kommissionsantrage anstatt „mit dem Ersuchen“ gesagt werde: „in der bestimmten Erwartung“. — Abg. Reichensperger (Biedum): Der Gegenstand sei schon so erschöpfend besprochen, daß wenige Worte genügen werden. Der Antrag Mallindrodt bezwecke bloß, in die verwickelte Materie durch ein Gesetz Ordnung zu bringen. Die Stadt Warendorf klagt auch, sie hat 500 Mann Einkunftssteuer bei 500 Häusern, in denen Einkunftssteuer Platz finden kann; dort ist also die Einkunftssteuer eine Geldabgabe von 36—48 Thlr. jährlich. Bei ungleicher Vertheilung werde es dem Einzelnen schwerer, eine Last zu tragen. Hoffentlich werde die Regierung dem Mallindrodt'schen Antrage gemäß verfahren. — Abg. Waldeck: Die Petitionen seien namentlich durch die Reorganisation, d. h. die Vergrößerung der Armees, hervorgerufen. Die drückende Militärlast sei also keineswegs bloß in dem Budget repräsentirt. — Abg. Rohden: Er sei immer für ein Gesetz zur Abhilfe des hier zur Sprache gebrachten Uebels gewesen. Man solle aber eher dem Mallindrodt'schen Antrage beistimmen, wie dem Amendement Frese. — Auf Antrag des Abg. Parisius wird die Diskussion geschlossen und der Berichterstatter Abg. Schneider (Wanzenleben) nimmt das Wort zur Verteidigung des Kommissionsantrages gegen die Anträge der Abg. Frese und v. Mallindrodt: Letzterer habe zu wenig gesehen, was die Petitionen gewollt haben. Wenn die Regierung aus strategischen Gründen keine Garnison auf das platte Land, sondern in die mittleren und großen Städte legt, so hat sie auch die Verpflichtung, die Kosten, welche den Städten daraus entstehen, zu vergüten. — Nach einer persönlichen Bemerkung des Abgeordneten v. Mallindrodt wird bei der Abstimmung das Amendement Frese einstimmig angenommen; der Antrag v. Mallindrodt mit diesem Unteramendement Frese abgelehnt; der Kommissionsantrag mit diesem Unteramendement Frese aber angenommen. Der Antrag lautet: „Die Petitionen der königlichen Staatsregierung zur baldigen Abhilfe in der bestimmten Erwartung zu überreichen, dem Landtage für die nächste Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Bestimmungen des Allgemeinen Regulativs über das Servis und Einkunftssteuergewesen vom 17. März 1810 dahin regelt, daß für die Einkunftssteuergeld eine mit den von den Quartiergebern zu tragenden Kosten in einem richtigen Verhältnisse stehende Vergütung aus der Staatskasse gewährt werde.“

Derselbe Referent stattet mündlichen Bericht über die Petition der Stadtverordnetenversammlung zu Minden wegen Regelung des Einkunftssteuergewesens ab und stellt den Antrag, die Petition der Regierung zur Abhilfe zu überreichen. — Abg. v. Vinde rügt, daß bei einem mündlichen Bericht doch auf der Tagesordnung das Petition und der Antrag der Kommission stehen müsse. — Mit dieser Meinung ist der Referent einverstanden. — Der Antrag wird angenommen. — Die Beschwerde des Revisors Quide wegen Abänderung des §. 53 der Städteordnung von 1853 wird nach dem Antrage der Kommission erledigt, wonach die Regierung aufgefordert wird, den Entwurf der Städteordnung, welcher in der letzten Session vorgelegen hat, dem Landtage spätestens in der nächsten Session als Gesetzentwurf wieder zu geben zu lassen. — Die übrigen Petitionen werden ohne Diskussion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Am Freitag 9 Uhr nächste Sitzung. Auf der Tagesordnung: Die Verträge mit China und Japan; Bericht über den Entwurf des Gesetzes wegen Einführung der Stempelmarken; Bericht der Budgetkommission über die allgemeine Rechnung pro 1859; Bericht der Justizkommission über den Antrag Rohden wegen Erlass eines Gesetzes in Ausführung des Art. 9 der Verfassungsurkunde; Bericht über die Einführung der Stenographie. — Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Der Antrag des Abg. Twisten lautet: In Erwägung, daß eine Kontinuität der gegenwärtigen Session des Abgeordnetenhauses mit derjenigen des letzten Winters nicht stattfinden und daß die Gesetzentwürfe über die Verantwortlichkeit der Minister und über die Abänderung der Art. 49 und 61 der Verfassungsurkunde in der gegenwärtigen Session weder von dem Königl. Staatsministerium vorgelegt, noch von dem Herrenhause in der im Art. 107 der Verfassung vorgeschriebenen Form beschloffen worden sind, erklärt das Haus der Abgeordneten: daß es in die Beratung der vorgedachten, von dem Herrenhause mitgetheilten Gesetzentwürfe nicht eintreten kann.

In der vorgestrigen Sitzung der Kommission für Handel und Gewerbe wurde die Beratung über den Handelsvertrag mit Siam beendet. Bekanntlich wurde die Beratung ausgelegt, weil der Regierungskommissar sich nicht über die Frage, welche die deutschen Konsularbeamten in Siam zu führen haben würden, zu erklären vermochte. In der gestrigen Kommissionsitzung erfolgte nunmehr die Erklärung. Der Regierungskommissar, Regierungsrath Depte, versicherte nämlich, daß die angeregte Frage die Staatsregierung lebhaft interessire, bedauerte aber, hinzusetzen zu müssen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt nicht für geeignet erachtet werden könnte, dieselbe zur Erledigung zu bringen. Die Kommission beschloß darauf, dem Hause die Genehmigung des Vertrages und eine Resolution dahin vorzuschlagen, die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung sich die Herleitung einer deutschen Flagge angelegen sein lassen werde. Ein Antrag, hierbei auf das Reichsflagengesetz von 1848 zu verweisen, erlangte nicht die Majorität in der Kommission.

Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Orts-Briefpostgeldes wurde vorläufig in der Kommission für Handel und Gewerbe zum Schluß gebracht. Die Kommission entschied sich dafür, dem Hause die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage zu empfehlen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 26. Juni. [Generalversammlung des landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Posen.] Die gestrige Versammlung, aus ca. 160 Personen bestehend, eröffnete um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr der Vorsteher v. Laczynski; zum Vorsitzenden wurde durch Aklamation der Landwirthschaftsdirktor v. Morawski gewählt, zu Sekretären berief derselbe Herrn Adolph v. Koczowski und Julian v. Buchowski. Von den Vorstandsmitgliedern waren anwesend die Herren v. Laczynski, Graf Johann Dzizynski, v. Zoltowski, Dr. Szafarzewicz, v. Karsnicki und Kantak. Es wurden den Anwesenden die Krakauer Deputirten und insbesondere die vorgestern hier eingetroffenen beiden Deputirten aus Galizien, v. Brzozowski und v. Ostajewski, vorgestellt. Ersterer sprach einige Begrüßungsworte, worauf die Versammlung zur Tagesordnung überging. Dieselbe begann mit Vorlesung des letzten Sitzungsprotokolls durch Herrn v. Koczowski. Alsdann wurde der Bericht der Kommission über die vorjährigen Rechnungen durch Herrn v. Buchowski vorgelesen. Hierauf erstattete der Vereinssekretär Herr Kantak den Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 26. Nov. v. J. bis 24. Juni d. J. Er erwähnte hierbei, der Vorstand sei leider gezwungen gewesen, die Ausstellung landwirthschaftlicher Gegenstände nach Gostyn zu verlegen, da hierorts kein geeigneter Platz bewilligt werden konnte; ebenso sei die Anerkennung des landwirthschaftlichen Centralvereins Seitens des Ministeriums bis jetzt nicht erfolgt. Herr v. Kofinski erstattete Bericht über den Erfolg der Bemühungen zur Gründung einer landwirthschaftlichen Akademie; er berührte kurz das Anerbieten des Grafen Cieszkowski, der Anstalt in Wierzenica eine Stätte zu gewähren; Graf Johann Dzizynski habe jedoch unter vortheilhafteren Bedingungen das Vorwerk Biernalki bei Kurnik zur Gründung dieser Anstalt zur Verfügung gestellt, es sei nur eine Last — Kreditbriefe der neuen Landsgast — mit 600 Thlr. jährlich zu tragen, außerdem solle das Schulgebäude, Lehrerwohnung und Wohnung für 22—28 Schüler in Provent Bnin unentgeltlich hergegeben werden. Die Kosten der Gründung des Instituts mit Beschaffung des Inventars für Biernalki wird auf 12,000 Thlr. berechnet, außerdem an jährlichen laufenden Ausgaben 4—5000 Thlr. für Lehrergehälter, Versuche, Verzinsung des Anlagekapitals und der oben erwähnten Kreditbriefe mit 600 Thlr. Die Schüler hätten jährlich eine Pension von 50 Thlr. zu zahlen, was, die Durchschnittszahl derselben auf 22 berechnet, eine jährliche Einnahme von 1100 Thlr. ergebe, hierzu der Reinertrag des Vorwerks in den ersten Jahren nur mit 200 Thlr. berechnet. Das obige Anlagekapital soll durch die Theilhaber der Bazar-Aktiengesellschaft hergegeben werden. Auf Antrag des Hrn. Kantak wurde die Diskussion vertagt, da bisher noch kein Abkommen zwischen den Aktionären angebahnt, das Vorwerk Biernalki auch noch auf zwei Jahre anderweit verpachtet sei.

Es kamen hierauf Kommissionsberichte zum Vortrage. Der Wirthschaftsbeamte Wiese referirte über Hopfenbau. Herr v. Buchowski sen. sprach über die Mittel zur Hebung der Landwirtschaft im Allgemeinen, hauptsächlich durch Bildung des Bauernstandes; dieser solle mit aller Kraft von dem entnervenden Branntweinge-nusse abgelenkt, eine Verminderung der Branntweinschenken herbeigeführt, dagegen auf einen regelmäßigen Schul- und Kirchenbesuch hingewirkt werden. Hr. v. Salszewski hielt einen Vortrag über Schafzucht, insbesondere über zweckmäßige Kreuzung der Rassen. Hr. v. Mrowinski sprach über die Mittel zur Hebung der vaterländischen Industrie und brachte die Anlage von Leders- und Tuchfabriken in Vorschlag; man möge geeignete Personen zur Erlernung dieser Fabrikationszweige nach Frankreich und England schicken. Nestor v. Kojuszki und v. Buchowski sen. fügten als Kommissionsmitglieder einige erläuternde Worte hinzu. Hr. Adolph v. Koczowski beauftragte auf Wunsch mehrere Filialvereine: Der Vorstand des Centralvereins solle den Vorstand des hiesigen Gewerbevereins vermögen, daß er in allen Städten der Provinz Filialvereine begründe; man bezwecke damit allgemeine Hebung der Gewerbetätigkeit. Der Antrag wurde angenommen. Herr Kantak proponirte auf Veranlassung des Vereinsvorstandes die Ernennung des anwesenden Delegirten aus Krakau und Galizien, sowie des Vorstehers des Galizischen Vereines Fürsten Sapieha, zu Ehrenmitgliedern des hiesigen Centralvereins, welche Proposition einstimmig angenommen wurde. Hr. v. Kruzewski aus Krakau dankte im Namen der anwesenden Gäste. Hr. Adolph v. Koczowski beantragte Namens mehrerer Mitglieder, die Generalversammlung solle jährlich nur einmal tagen und die Fachkommissionen behufs Vorbereitung ihre Sitzung 3 Tage vorher beginnen. Der Antrag wurde als nicht statutenmäßig verworfen. Hr. Maximilian v. Sackoski beantragte, durch Errichtung von Lehrinstituten auf gründlichere Bildung der niederen Wirthschaftsbeamten hinzuwirken. Hr. v. Mrowinski war dagegen, der große Bedarf solcher Beamten könne nicht durch Schulen beschafft werden, jeder Besitzer oder Verwalter habe die Aufgabe, seine niederen Beamten heranzubilden; man verwende die hierzu nöthigen Mittel besser zur Gründung der Akademie. Der Antrag wurde nach längerer Debatte zurückgezogen. Hr. v. Mrowinski beantragte die Gründung von Bibliotheken durch die Kreisvereine, durch welche Wirthschaftsbeamte Gelegenheit zur Ausbildung erhielten. Der Antrag wurde angenommen. Hr. Kantak ergriff im Namen des Vorstandes wiederum das Wort; es sei von mehreren Seiten angefragt, aus welchem Grunde der anwesende Graf Alexandrowicz, ehemaliges Mitglied des Warschauer Vereins, nicht auch zum Ehrenmitgliede ernannt worden sei? Die Gründe, aus welchen dies unterlassen, seien, wie Hr. Graf Alexandrowicz anerkannt habe, diskrete; Letzterer bestätigte dies, indem er für die Theilnahme dankte, welche obige Anträge hervorgerufen habe! Ein Antrag des Hrn. Nestor v. Kojuszki wurde nach erfolgter Berichtigung durch Hrn. Dr. Segielski und Hrn. v. Stawinski dahin angenommen: Der Vorstand wolle eine Kommission ernennen, welche bis zur nächsten Sitzung 5 mustergültige Wirthschaften zu bereiten und darüber zu berichten habe. Hr. v. Arndt beantragte die Beschaffung von Bullen und Hengsten zur Zucht von Vieh und Pferden vaterländischen Schlags. Auf Antrag des Hrn. v. Laczynski, welcher bemerkte, daß dem Vereine hierzu die Mittel fehlen, wurde der Antrag abgelehnt. Der Vorsitzende Herr v. Morawski richtete Abschieds- und Dankesworte an die Gäste aus Krakau und Galizien. Die Theilnahme der auswärtigen Vereine zeige, daß das Bestreben und ihre Thätigkeit eine gemeinsame sei. Hierauf dankte der Weltgeistliche und Gutsbesitzer v. Kzinski in einer längeren (Fortsetzung in der Beilage.)

Rede. Der erfreuliche Fortschritt der Vereine zeige, daß auch auf legalem Wege eine Vereinigung der nur äußerlich getrennten Theile ihres Vaterlandes durch einmütiges und ausdauerndes, geistiges Wirken und Streben erlangt werden könne. Die Versammlung wurde um 3 Uhr Nachmittags geschlossen, worauf gemeinsame Tafel stattfand.

Posen, 26. Juni. Ueber den Empfang des Plocker Bischofs Marzjewski beim Papste enthält der „Radw.“ folgende authentische Mittheilung: Nach der gewöhnlichen Begrüßung hob der Papst zum Bischof an: „Nun, geliebter Bruder, bringst Du die Revolution aus Polen?“ Diese Frage bedeutete: bist Du gekommen, die polnische Nation als revolutionär zu verklagen? und unmittelbar darauf fügte der Papst hinzu: „Als treuer Sohn der h. Kirche wirst Du dich doch nicht von zeitlichen Rücksichten leiten lassen und das Werkzeug in der Hand werden, die sich zum Ruin der h. Kirche erhebt.“ Bischof Marzjewski war durch diese Anekdote völlig konsternirt, und während er nach einer Antwort suchte, gab die Glocke das Zeichen, daß die Audienz geschlossen sei. Dieser Vorfall — meint das Blatt — könnte auch Anderen als Wink dienen, wenn sie ihn verstehen wollten oder vielmehr nicht in der Hand schlechter Rathgeber wären, die sie nicht auf dem Wege des Kreuzes, sondern der Ordenssterne führen.

— Heute giebt das hiesige Domkapitel in der Kurie des Prälaten Brzezinski zur Feier der Rückkehr des Erzbischofs ein Diner.

k. Murow. Goslin, 24. Juni. [Unglücksfall; Pudewiger Lehrer-Sterbekassen-Verein.] Am 20. d. Mts. erkrankte der Arbeiter Gust Eise aus Prämniß unfern Goldgräberhauwand in der Wartbe. Derselbe war mit noch vier andern Personen beschäftigt, einen Ockerfahn, welcher sich festgefahren hatte, an einer Leine vom Aufwärtsweg zu ziehen. Plötzlich wurde der Kahn flott und der Vordertheil desselben von dem heftigen Winde zur Seite gedrückt. Die Trödelknechte erhielten dadurch einen unwillkürlichen Ruck, wodurch p. Eise von dem hohen Ufer etwa 15 Schritte weit in den dort sehr tiefen und stauenden Fluß geschleudert wurde, während es den andern Personen gelang, ihrer Ziehstricken sofort zu entledigen und so aus dem Bereiche der unheilbringenden Leine zu kommen. Unglücklicherweise war Niemand der Anwesenden des Schwimmens kundig; die Schiffer aber machten zuvor ihr Fahrzeug fest, und als man mit Handlähnen zur Rettung herbeikam, war der Arme bereits auf den Grund gegangen, nachdem er wohl eine Viertelstunde gegen den Tod gekämpft hatte. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben fruchtlos. Eise, ein ordentlicher thätiger Mensch, hinterläßt eine Frau und zwei kleine Kinder ohne Substanzmittel. — Vor Kurzem ist abermals das Gerücht verbreitet worden, als werde der schon seit dem Jahre 1845 bestehende, Pudewiger-Lehrer-Sterbekassenverein sich auflösen, weil derselbe einer Bestätigung der hohen Behörden ermangele. Dies kann nur als eine böswillige Erfindung bezeichnet werden, da der Verein gleich nach seiner Gründung seine Bestätigung erlangt hat. Der Verein wirkt, unbeirrt durch die gegen ihn ausgestreuten Verdächtigungen, nach wie vor im Stillen höchst lehrreich fort, gewinnt immer mehr an Theilnahme und es kann ihm wohl zur Genugthuung gereichen, daß andere ähnliche Vereine in dießseitiger Provinz, welche es in der letzten Zeit freilich verstanden, sich eine größere Verbreitung zu verschaffen, aber jetzt durch Ansammlung von Kapitalien theilweise vom ursprünglichen Prinzip abgehen, sich ihm erst nachgebildet haben. — Die diesjährige Generalkonferenz des Vereins findet am 31. f. M. in Pudewitz statt. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn diese Versammlung von den Mitgliedern recht zahlreich

besucht würde, da die Neuwahl des Vereinsvorstandes für die nächsten drei Jahre erfolgen wird.

§ Rawicz, 25. Juni. [Kleine Notizen.] Am 23. unternahm die jüdische Schule unter Vorantritt der Regimentsmusik einen Spaziergang nach dem Götischen Vorwerk. Trozdem das Wetter die Annehmlichkeiten dieses Kinderfestes beeinträchtigte, ist dasselbe in heiterster Laune bis zum Spätabend vor sich gegangen. Bei obligatem Regengetrommel, abwechselnd bald piano bald forte amüsierte sich die Jugend mit Spiel und Tanz, an dem auch Erwachsene, die sich in überaus zahlreicher Menge eingefunden, Theil genommen hatten. — Direktor Bernhardt ist mit seiner Truppe, bestehend aus 36 vierfüßigen Künstlern, hier eingetroffen. Wir hatten gestern Gelegenheit einer Vorstellung beizuwohnen, die sich eines sehr regen Besuchs zu erfreuen hatte. Diese vierfüßige Künstlergesellschaft besteht durchweg aus tüchtig geschulten Mitgliedern, deren Leistungen staunenerregend sind.

§ Bromberg, 25. Juni. [Beschlagnahme.] Heute Vormittag wurde auf Anordnung der königlichen Staatsanwaltschaft die heutige Nummer der „Bromberger Zeitung“ seitens der hiesigen Polizei konfisziert. Da die Zeitung bereits größtentheils ausgegeben war, so holten Polizeibeamte dieselbe aus öffentlichen Lokalen, wo sie gehalten wird, ab. Die Veranlassung zu diesem Schritte soll ein unter „Bromberg“ stehender Artikel über die kurbessische Angelegenheit geboten haben, worin das Verfahren unseres Ministeriums, die neuesten militärischen Anordnungen gegen Kurbessen betreffend, einer heftigen Kritik unterworfen wird.

§ Schubin, 24. Juni. [Begräbnisfeier.] Den 22. d. M. Nachmittags konnte man in der Stadt Labischin deren Bewohner in einer und derselben Richtung über die Straßen zur Stadt hinaussehen. Der Weg von Labischin nach Lubostron war in seiner ganzen Ausdehnung von 1/2 Meilen mit Leidtragenden und Neugierigen zu Fuß und zu Wagen bedeckt. In Lubostron selbst sah man von allen Himmelsgegenden die Landstraßen entlang Massen von Menschen sich nähern. Der am Eingange in den herrlichen Park gelegene geräumige Schloßhof, die nächste Umgebung des Parks und die Schloßterrasse war angefüllt mit Personen jedes Geschlechts, Alters und Standes, jeglicher Nation und Konfession, und doch war hier erst der kleinere Theil versammelt, die größeren Menschenmassen waren noch im Anzuge. Den Eingang in das Schloß bildet auf der Höhe der Treppe eine Halle von 8 Säulen, deren Vorderansicht in der Dachhöhe die Inschrift: „Sibi, amicis et posteris. MDCCLXX.“ zeigt. Ueber der diese Halle mit dem inneren Entrée verbindenden Thür befindet sich die Aufschrift: „Hic secura quies et nescia fallere vita.“ Ge. Li. II. Durch die in der Halle und dem Entrée in Doppelreihe aufgestellten gräflichen Fürsten in ihrer Dienstintracht gelangte man in ein Zimmer, dessen Marmorbänke sich kreisförmig zur kuppelförmigen Decke erhoben. Kronleuchter und Spiegel waren vertheilt; die Fenster geschlossen. Nur matt wurde der Raum von sechs brennenden Wachskerzen auf hohen Kandelabern erleuchtet, welche einen eigenen mit Silberfingerringen, silbernen Bechlägen und Krügen gezierten Sarg auf einem mächtig hohen Katafalk umstanden. Dieser Sarg barg die irdischen Reste des früheren Besitzers der reichenden Herrschaft Lubostron, des königlichen Kammerherrn Grafen Arnold v. Störzow, geboren im November 1798, gestorben den 19. Juni 1862. Eine gleichmäßige Trauer war den Anhängen sämtlicher Anwesenden aufgelegt; keine Polizei, keine einen öffentlichen Sicherheitsbeamten bezeichnende Uniform war sichtbar, und doch fand bei dem Zusammenfluß so bedeutender Menschenmassen auch nicht die geringste Störung, nicht einmal ein lautes Gespräch statt. Inzwischen hatten sich aus der Umgebung die verschiedensten Gewerke und Korporationen mit ihren Fahnen und Emblemen, darunter auch eine Deputation der jüdischen Korporation aus Labischin mit ihren silbernen Armleuchtern und Klingelkugeln auf hohen Stäben, mit Trauerflor bekleidet, eingefunden. Unter Vorantritt dieser Gewerke und Korporationen, einer Anzahl Personen mit brennenden Fackeln und Kerzen, welche wir annähernd auf 500 Klammern angaben, und unter Vorantritt von 21 katholischen Geistlichen bewegte sich die Leiche auf einem mit sechs Pferden bespannten Wagen Abends gegen 9 Uhr von Lubostron nach Labischin, begleitet von mehreren tausend Menschen und vielen Kutschen. Einen überraschenden Anblick gewährte dieser feierliche Zug, welcher sich auf der Landstraße langsam dahinzog und den Himmel in weiten Umkreise hell rötete. Der Zug bewegte sich nach der Kirche auf dem an der Stadt Labischin grenzenden Dominium desselben Namens. Hier wurde die Leiche Abends um 11 Uhr niedergelegt, um am

nächstfolgenden Tage in das unter der Kirche befindliche Familiengewölbe der gräflichen Familie Störzow beigesetzt zu werden. Die ganze Gegend betrauert in dem Dahingegangenen einen Wohltäter, der im Wohlthun keinen Unterschied der Konfessionen gekannt hat, der in den theuren Jahren der einzige Retter vieler Familien war.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 25. Juni. Kahn Nr. 7246, Schiffer Friedrich Kalbe, von Hamburg nach Weiden mit Gütern; Kahn ohne Nr., Schiffer Ferdinand Freimant, Kahn Nr. 6594, Schiffer Ludwig Machole; und Kahn Nr. 1001, Schiffer Gustav Grothe, alle drei von Küstrin nach Posen leer. — Holzflößen: 5 Eristen Eichenholz von Neustadt nach Stettin.

Telegramm.

Berlin, 26. Juni. Dem Vernehmen nach wird der Geheimrath v. Winter auf Antrag des Staatsministeriums von der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums entbunden. Es heißt, der König habe ihn als Beweis seiner Anerkennung zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen bestimmt.

Angewandte Fremde.

Vom 26. Juni.

HOTEL DU NORD. Die Rittgutsbesitzer. Frauen Gräfin Potworowska aus Deutsch-Presse, v. Szlapowska aus Rothdorf und v. Zychlowska aus Ujarszewo, die Rittgutsbesitzer v. Drogoski aus Starowice, v. Skarynski aus Grob-Sokolnik, v. Koscielski aus Smielowo und v. Lipiski aus Biewowo, Gutsbesitzer Raitowski aus Wujaszewo, Gutsbesitzer v. Wójcicki aus Wiatrowo, Rentier v. Parczewski aus Kerkow, Schneidermeister Wigle aus Berlin, Advokat v. Brzezanski und Kaufmann Lepowicz aus Konstantinopel.

OEHRMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittgutsbesitzer. Frauen v. Rycklowka aus Wogorzewo, v. Jaraczewska aus Lowencin und Wiese aus Sienna, die Rittgutsbesitzer v. Edwardowski aus Kobylnik, v. Dziembowski aus Rudzin, v. Westerstedt nebst Frau aus Wjazy und v. Zeromski aus Grodziszewo, Frau Gutsbesitzer v. Wodol aus Marcelino, Hauptmann und Batterieführer in der 5. Artillerie-Brigade Baron Kurzbach v. Seidlitz aus Glogau, Kapitän Hundt aus Stettin und Kaufmann Bach aus Rawicz.

SCHWARZER ADLER. Frau Gutsbesitzer v. Wójcicki aus Schroda, Frau Kantorowicz aus Klon, Kommissarius v. Skarynski aus Brodnica und Bürger Klotnicki nebst Frau aus Breschen.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittgutsbesitzer. Frauen Gräfin Kwińska aus Gostawice, Gräfin Störzow aus Prochnow und v. Potniska aus Komornik, die Rittgutsbesitzer Graf Wielzyński aus Gostawice, v. Bienkowski aus Smulzewo, v. Trampe, Gutsbesitzer aus Bielawy, Baron v. Ruglenstirna aus Pommern, v. Wrede aus Borel und v. Kiercki aus Gajawy, Hauptmann v. Tempel, Lieutenant Bayl und Assistenzarzt Dr. Jucker, sämtlich in der 5. Artilleriebrigade, aus Thorn, die Kaufleute Neumann aus Braunschwieg und Dreyer aus Wittenberg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Inspektor der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft Gottgelte aus Magdeburg, die Kaufleute Kubiński aus Brüssel, Berg aus Bamberg, Mathes, Jacob, Borchert, Reichbauer, Bier, Goldbaum und Waple aus Berlin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Stoffregen aus Berlin, Dreyer aus Breslau und Jacobi aus Leipzig, Kaufmann und Rittgutsbesitzer Venas aus Stettin, Rittgutsbesitzer Graf Kunitz aus Breslau und Rentier Schweizer aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Lubinski aus Klagyn, v. Jaraczewski aus Seipe, Graf Wietzowski aus Wlozka, v. Mikorski aus Kuchowo, v. Wierzbicki aus Wlozka, v. Rucznawski aus Ghalin, v. Zukowski aus Gornow, v. Bieganski aus Lubowo, v. Kozicki aus Wargowo, v. Wierzbicki aus Wlozka, v. Szlapowski aus Kopa-jewo und v. Jaraczewski aus Wyszakowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Bojanowski aus Rogaczewo und Sypniewski aus Piotrowo, Frau Gutsbesitzer Winkler aus Dr. sic, Rentier Moraczewski aus Rogaczewo, Probi Wajkiewicz aus Kerkow und Adewirch Tomajewski aus Kamienica.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung des Gutes **Stawiany**, Wogrowicer Kreises, wird hierdurch ein neuer Termin auf

28. Juni c.

im Landschaftsgebäude 4 Uhr Nachmittags angesetzt.

Posen, den 24. Juni 1862.

Provincial-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister sind folgende Firmen heute angemeldet und eingetragen worden:

Nr. 515. **Samuel Kaphan.** Inhaber: der Kaufmann Samuel Kaphan zu Posen.

Nr. 516. **Bernhard Rawicz.** Inhaber: der Kaufmann Bernhard Rawicz zu Posen.

Nr. 517. **J. Kratochwill.** Inhaber: der Mühlenbesitzer Johann Kratochwill zu Posen.

Posen, den 23. Juni 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann **Abraham Mendel** aus Lososnit hat mit seinem Sohne Kaufmann **Louis Mendel** in Trzemeszno vom 1. Juni 1862 unter der Firma **A. Mendel & Sohn** eine offene Handelsgesellschaft errichtet: Hauptniederlassung in Trzemeszno. Zweigniederlassung in Lososnit.

In unser Firmenregister unter Nr. 1 am 20. Juni 1862 eingetragen.

Trzemeszno, den 21. Juni 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In das Firmenregister des unterzeichneten Gerichts ist unter Nr. 66 die Firma **Meyer Aron**, und als deren Inhaber der Kaufmann **Meyer Aron** zu Czempin zufolge Verfügung vom 23. Juni c. an demselben Tage eingetragen.

Posen, den 23. Juni 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Ediktalladung.

Die seit langen Jahren verschwundenen Kinder der 1822 und 1823 verlebten Eheleute **Anton Kraemer** und **Maria Katharina** geborne **Schmitz** zu Ariendorf:

1) **Konrad Kraemer**, geboren den 2. Januar 1785,

2) **Hermann**, geboren den 9. Dezember 1786,

3) **Gertrud**, verheiratete **Michael Kind** (?) in preussisch Polen, geboren den 4. Oktober 1791,

und ihre unbekannten Erben werden auf Antrag der Interessenten **S. M. Kraemer** in Remagen und Konf. aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Freitag den 26. September 1862

Vormittags 10 Uhr

hier anberaumten Termine persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung und die Ueberweisung des von dem königlichen Schöffengericht Hönningen verwalteten Vermögens von jezt beiläufig 120 Thlr. an die bekannten Erben erfolgen soll.

Linz am Rhein, den 22. Oktober 1861.

Königliche Gerichtskommission.

Möbel-, Piano-, Cigarren- u. Delgemälde-

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich

Freitag den 27. Juni c.

Vormittags von 9 Uhr ab in dem Auktions-lokale Magazinstr. Nr. 1

Magagoni-

und andere Möbel,

gut erhalten, als: ein Polster-Lafel-piano, Chaise longue, Sophas, Kommoden, Kleiderstühle, Tische, Stühle, Spiegel, Bettstellen; ferner: Glas- und Porzellangefäße, Kleidungsstücke, Küchengeräthe, alledann:

eine große Partie guter Cigarren

und Delgemälde, weltliche und religiöse, öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Ein Rittgut von 2306 Mrg. Größe incl. 160 Mrg. Wiesen und 281 Mrg. Wald soll für 78.000 Thlr. verkauft werden. Die Gebäude massiv, Inventarium in gutem Zustande. Hypotheken fest. Käufer, welche 20—25.000 Thlr. anzahlen wollen, werden gebeten, ihre Adressen unter Nr. 52 poste rest. Posen franco einzulenden.

Ein Auktionsgrundstück von circa 2 bis 400 Morgen mit Inventarium wird auf längere Zeit zu pachten gesucht; es kann auch ein kleines Dominium sein in den Kreisen Fraustadt und Kröben. Mittheilungen werden unter der Chiffre **E. S.** poste rest. Posen in Schle-sien erbeten.

Ein neu errichtetes Hotel: „Zur Stadt Rom“, Albrechtsstraße 17 in Breslau, empfiehlt hierdurch bestens **E. Astel**.

NB. Elegante Zimmer von 10-15 Sgr. pro Tag

Grabkreuze, Platten, Monumente.

liefert billig, schnell u. schön **H. Klog**, Friedrichsstr. 33.

Eine gute Drehorgel ist billig zu verkaufen im Wachkabinett auf dem Kanonenplatze.

Ein Magagoni-Kügel, gut erhalten, ist umzugs halber billig zu verkaufen. Graben No. 38 im Rebenhause.

Neuen engl. Matjeshering in schönster Qualität à 9 Pf., auch à 1 Sgr. p. St., auch in kleinen Quantitäten empfiehlt **M. Rosenstein**, Wafferstr. 6.

Fris. Tafelbutter, beste Limb., Schweier, 8 Lmüher u. echt bayerische Sahntafel (gelb u. fett), ebenso neue Citr. u. Apfels. empf. **billigst Kleinschiff**, Krämerstr. 12.

Die in meinem Hause, Beletage, belegene herrschaftliche Wohnung, bestehend aus einem Saale, sieben Zimmern, Entrée, Küche, Speisekammer und sonstigem Zubehör, welche vom Kaufmann Herrn **S. Bielefeld** bewohnt wird, ist zum 1. Oktober c. mit oder ohne Pferde-stall und Wagenremise zu vermiethen.

Elias Jacobsohn, Graben 7.

St. Martin 80

ist die Parterrewohnung und die Beletage, beide in 4 Zimmern nebst englischen Küchen und Zubehör bestehend, vom 1. Oktober c. zu vermiethen.

Berlinerstraße 16 sind elegant möblirte herrschaftl. Zimmer Parterre, 1. und 2. Stock sofort zu vermiethen.

Eine ruhige gesunde Wohnung von 2 Stuben wird zum 1. Oktober c. gesucht. Adressen wolle man unter **A.** in der Expedition dieser Zeitung abgeben.

Ein möbl. Zimmer ist St. Adalbert 41 z. verm.

Eine möbl. Stube St. Martin 58 ist sof. zu verm.

Ein Kandidat der Theologie wird zum 15. August d. J. als Hauslehrer bei 3 Knaben zu engagieren gesucht. Verlangt wird, daß derselbe gut unterrichtet und werden außer freier Station an Gehalt 200 Thlr. jährlich bewilligt. Das Nähere unter der Adresse **H. T.** poste restante Posen.

Ein deutscher Schäfer, welcher tüchtig und brauchbar ist und eine kleine Kaution stellen kann, findet auf dem Dom. **Markowice** bei Schroda sofort einen Dienst. Ebenfalls ist ein ca. 160 Stück Hammel und 90 Mutter-schafe zum Verkauf.

Junge Mädchen, die in Pugarbeit einigermaßen geübt sind, finden dauernde Beschäftigung bei **S. Feld**, Büttelstr. 23.

Ein für das Möbelgeschäft sich eignender junger Mann wird vom 1. Juli d. J. ab verlangt.

S. Jacob Mendelsohn.

Abonnements auf das in Breslau erscheinende

Schlesische Morgenblatt

für die Monate Juli, August und September, wöchentl. 2 1/2 Sgr., 1/4jähr. 1 Thlr. Die müthige Sprache dieser Zeitung, welche es in 1 Jahre schon auf 4000 Abonnenten gebracht, und ihre energische Berichterstattung namentlich der Provinzial-Interessen sollte das „Schlesische Morgenblatt“ in jede Familie in Stadt und Land einführen. Die Zeitung bringt außer seinen Berliner Original-Correspondenzen jetzt auch Original-Berichte hervorragender Abgeordnete der Fort-

schriftspartei. Politische und Courdepeschen, Liste der Lotterie Ziehungen, Novellen etc. Im nächsten Quartal bringt die Zeitung für die Gesellschaften a. h. der Berliner Courdepesche täglich auch Berichte über den Breslauer Getreidemarkt. Zu recht zahlreichen Abonnements ladet ergebenst ein

H. J. Sussmann in Posen, Markt Nr. 80, vis-à-vis der Stadtwaage.



Bekanntmachung.

In Folge der Abänderung des Rennprogramms findet die diesjährige General-Versammlung der Aktionäre am 30. d. Mts. 12 Uhr im Hôtel de Rome statt.

Posen, den 24. Juni 1862.

Das Direktorium

des Vereins für Verbesserung der Pferdezucht etc. im Großherzogthum Posen.

Der General-Sekretair: Der Schatzmeister: **Janecki. Magnuszewicz.**

Bekanntmachung.

Aktien à 3 Thlr., Einzahlungen zu den eingezahlten Raten à 10 Sgr., so wie Programme à 5 Sgr. werden bis zum 30. Juni Nachmittags 3 Uhr bei dem Schatzmeister des Vereins, Herrn Kaufmann **Magnuszewicz**, Neust. Nr. 5, und hiernächst auf dem Rennplatz selbst käuflich zu haben sein.

Posen, den 26. Juni 1862.

Das Direktorium

des Vereins für Verbesserung der Pferdezucht etc. im Großherzogthum Posen.

Am 25. d. Mts. sind zwischen dem Dom und der Dombauerei mehrere an einem Ringe befestigte Schlüssel verloren worden. Der Finder wird gebeten, dieselben gegen eine angemessene Belohnung kleine Gerberstraße Nr. 7, 1 Treppe, abzugeben.

